

# E+Z

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2024 02

**DEMOKRATIE FÖRDERN**  
Wie Entwicklungspolitik  
mit Autokratisierung  
umgehen sollte

**FRAUENRECHTE**  
Frauen in Algerien  
wehren sich gegen  
Gewalt und Patriarchat

**DIGITALISIERUNG**  
Weshalb künstliche  
Intelligenz für Afrika  
Fluch und Segen ist



# Migration

## Editorial

- 3 **KATHARINA WILHELM OTIENO**  
Die EU verrät mit ihrer Migrationspolitik die eigenen Werte

## Magazin

- 4 **BORO BASKI**  
Wie zwei indigene Dörfer in Indien ihre eigenen Vorschulprogramme entwickelten
- 6 **JULIA LEININGER**  
Angesichts der aktuellen Autokratisierungswelle müssen sich Demokratieförderung und Entwicklungskooperationen wandeln
- 9 **KHADIDJA KELALECH**  
Frauen in Algerien leisten Widerstand gegen Unterdrückung
- 10 **INTERVIEW MIT NOMZAMO ZONDO**  
Brandunglück in Johannesburg offenbart soziale Missstände
- 12 **SARA HARKNESS UND CHARLES M. SUPER**  
Frühkindliche Erziehung hängt vom kulturellen Kontext ab
- 13 **THOMAS RACHEL**  
Deutsche Entwicklungspolitik vernachlässigt Rolle der Religion
- 15 **SABINE BALK / IMPRESSUM**  
Heutzutage: Tischkultur im Norden Senegals

## Debatte

- 16 **BEAULAH N. CHOMBO**  
Panafrikanische Freihandelszone ist wichtig für Sambia

- 17 **AZZA MUSTAFA BABIKIR AHMED UND FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN**  
Künstliche Intelligenz birgt für Afrika Chancen und Risiken

- 18 **JAVIER CISTERNA FIGUEROA**  
Ablehnung eines weiteren Verfassungsreferendums demonstriert gesellschaftliche Spaltung Chiles

## Schwerpunkt: Migration

- 21 **ALBA NAKUWA**  
Bildungsangebote fördern Mädchen im Geflüchteten-camp Kakuma in Kenia

- 23 **AUDREY SIMANGO**  
Simbabwische Migrant\*innen sind in Südafrika mittlerweile unwillkommen

- 25 **NATASCHA KITTLER**  
Menschenrechtsverletzungen gegenüber Geflüchteten an griechischer EU-Außengrenze

- 27 **PAMELA CRUZ**  
Mexiko ist sowohl Ziel als auch Ausgangspunkt verschiedener Migrationsbewegungen

- 29 **RIDWANUL HOQUE UND SHAROWAT SHAMIN**  
Weshalb kluge Köpfe aus Bangladesch auswandern

- 31 **PURTI SADHWANI UND SUNDUS SALEEMI**  
Migrantinnen sind auf den Arbeitsmärkten benachteiligt gegenüber männlichen Geflüchteten und Einheimischen

- 33 **SABINE BALK**  
Weltbank-Report fordert, Migration besser zu steuern

### SCHWERPUNKT

## Migration

Millionen verlassen ihre Heimat wegen Kriegen, Naturkatastrophen, Armut oder aus Mangel an Perspektiven. Ihre Erfahrungen sind geprägt von Trauma und Verlust, aber auch Hoffnung und Erfolg. Migration läuft vielerorts noch immer ungesteuert ab, sodass sich die Menschen auf lebensgefährliche Routen begeben. Zugleich verschärfen manche Zielländer ihre Migrationspolitik, auch weil rechtspopulistische Kräfte erstarben. Um das positive Potenzial von Migration auszuschöpfen, führt an internationaler Kooperation kein Weg vorbei.

**Titelseite:** Migrant\*innen in Mexiko auf dem Weg in die USA im Januar 2024.

**Foto:** picture-alliance/EPA/Carlos Lopez





Unser Schwerpunkt zum Thema Migration beginnt auf Seite 20. Er hat direkten Bezug zum 10. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.

## Preisgabe der eigenen Werte

Europa ist ein Hauptziel internationaler Migration. Mehr als eine Million Menschen beantragten 2023 Asyl in der Europäischen Union, und dieses Jahr werden es wohl ähnlich viele sein. Im Dezember hat die EU nun beschlossen, ihre Asylbestimmungen zu verschärfen. Das ist ein fatales Signal – aus politischen, moralischen und wirtschaftlichen Gründen.

Eigentlich hat die EU die ökonomischen und politischen Voraussetzungen dafür, vielen Menschen Asyl zu gewähren und sie in ihre demokratischen Systeme zu integrieren. Sie versteht sich dezidiert als liberale Macht, die Frieden, Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte sowohl von ihren Mitgliedstaaten fordert als auch von Regierungen weltweit. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen präsentierte die EU wiederholt – an der Seite der USA – als Advokatin einer sogenannten regelbasierten Weltordnung.

Daraus folgt: Menschen, die Schutz vor Krieg oder politischer Verfolgung suchen, müssen diesen in Europa bekommen – rasch und unter würdigen Bedingungen.

„De facto treiben rechtsextreme und populistische Kräfte die demokratischen Parteien Europas vor sich her. Um vermeintlich Stimmen zurückzugewinnen, rücken etablierte Parteien nach rechts – auf Kosten Schutzsuchender.“

Für Klimageflüchtete trägt die EU dabei besondere Verantwortung. Ihre Mitgliedstaaten zählen zu den maßgeblichen Verursachern der Erderhitzung.

In den Augen jener, die der Armut in ihrer Heimat entkommen möchten, versprechen die starken Volkswirtschaften der EU eine Chance. Zugleich benötigen die alternden Gesellschaften in Europa dringend Fach- und andere Arbeitskräfte, etwa in der Landwirtschaft oder im Gesundheitswesen. Sie haben ein Interesse daran, Menschen mit Bleiberecht schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Trotzdem wird die EU ihren hohen Ansprüchen bei der Migration nicht gerecht. An ihren Außengrenzen werden seit Langem Menschenrechte verletzt. Hilfsorganisationen beschreiben die Bedingungen in den Camps für Geflüchtete als menschenunwürdig.

Mit der jüngsten Verschärfung der Asylbestimmungen entfernt sich die EU nun erneut weiter von ihren eigenen Werten. Asylverfahren sollen bereits an den Außengrenzen stattfinden. Bis zur Entscheidung über den Asylantrag können alle – Alleinreisende wie Familien mit Kindern – unter haftähnlichen Bedingungen in „Auffanglagern“ untergebracht werden.

De facto treiben rechtsextreme und populistische Kräfte die demokratischen Parteien Europas vor sich her. Um vermeintlich Stimmen zurückzugewinnen, rücken etablierte Parteien nach rechts – auf Kosten Schutzsuchender. Doch sie sollten genau hinsehen, in wessen Nähe sie hier geraten. Ende 2023 trafen sich Vertreter\*innen der laut Verfassungsschutz in Teilen rechtsextremen Partei Alternative für Deutschland (AfD) mit Rechtsradikalen, um die Zwangsausweisung von Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte aus Deutschland zu besprechen.

Die Lage ist ernst. Zwar demonstrieren als Reaktion Hunderttausende in deutschen Städten für Demokratie, aber die AfD könnte bei mehreren Landtagswahlen in diesem Jahr dennoch stärkste Kraft werden. Auch in anderen EU-Ländern wie Frankreich, Italien oder Ungarn sind rechtsnationale Kräfte erstarkt oder längst an der Regierung. Oft suggerieren sie, reiche Nationen würden von Geflüchteten überrannt. Dabei bleiben laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) rund 85 Prozent der Geflüchteten in ihren Heimatregionen. Um sie kümmern sich oft Nachbarländer, die selbst wirtschaftsschwach sind.

An manchen dieser Länder könnte sich die EU ein Beispiel nehmen. Wenn sie ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren will, muss sie jedenfalls die von ihr postulierten Werte selbst konsequenter vertreten – gerade auch in der Migrationspolitik.



**KATHARINA WILHELM OTIENO**  
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.

[eu.z.editor@dandc.eu](mailto:eu.z.editor@dandc.eu)

WESTBENGALEN

# Vorschulen in zwei Adivasi-Dörfern

**In Vorschulen beginnt die formale Ausbildung für Kinder. Sie sollen die Basis legen für lebenslanges Streben nach Bildung. Eine gute Vorschulerziehung wirkt sich zudem auf spätere Leistungen aus und beugt Schulabbrüchen vor. Marginalisierte Gemeinschaften profitieren besonders von guten Vorschul-einrichtungen, wie das Beispiel zweier Adivasi-Dörfer in Westbengalen zeigt.**

Von Boro Baski

In den 1980er-Jahren verließen die meisten Kinder aus unserem Dorf Bishnubati die Schule vorzeitig. Meine Gemeinschaft gehört zur ethnischen Gruppe der Santal, und wir zählen zu den Adivasi, den Ureinwohner\*innen Indiens. Wir sprechen unsere eigene Sprache und standen schon immer am Rand der Gesellschaft.

Früher hatten wir keine Schulen. Unsere Kinder mussten Grundschulen in kilometerweit entfernten hinduistischen oder muslimischen Dörfern besuchen. Die Lehrkräfte waren keine Santal und sprachen unsere Sprache nicht. Das in unserer Region überwiegend gesprochene Bengali ist für unsere Kinder eine Fremdsprache.

Die Lehrkräfte und nichtsantalischen Schüler\*innen behandelten uns oft herablassend. Die Unterrichtsmethoden waren hart, inklusive körperlicher Züchtigung.

Dieses Lernumfeld führte dazu, dass Santal-Kinder die Grundschule meist abbrachen, was unsere Gemeinschaft weiter benachteiligte.

Auch heute noch ist die Lage für Kinder aus Bishnubati und dem benachbarten Santal-Dorf Ghosaldanga schwierig, aber nicht mehr ganz so düster. Wir haben es geschafft, unsere eigenen Bildungseinrichtungen aufzubauen. Unsere lokale Organisation Ghosaldanga Adibasi Seva Sangha (GASS) betreibt zwei Vorschulen und eine Grundschule, wo nun alle Dorfkinder lesen und schreiben lernen.

Hauptsprache ist dort Santali, aber die Kinder lernen nach und nach auch Bengali, weil sie es später brauchen werden. Anfangs unterstützte uns die große hinduistische Wohltätigkeitsorganisation Ramakrishna Mission. Jetzt sind wir angewiesen auf Privatpenden (auch aus dem Ausland) und kleine Mitgliedsbeiträge der Familien. Sehr arme Familien zahlen in Naturalien.

Das Projekt begann Mitte der 1980er-Jahre mit Sona Murmu aus Ghosaldanga und Martin Kämpchen, einem deutschen Wissenschaftler (und E+Z/D+C-Autor), der damals an der Visva-Bharati-Universität promovierte. Sie betreuten Schulabbrecher\*innen, um sie wieder an die Grundschule zu bringen. Sona besuchte damals als einziger Junge aus seinem Dorf

eine weiterführende Schule. Später gründete er mit mir und anderen GASS.

Beim Unterrichten fiel Sona auf, wie frei die Santal traditionell miteinander umgehen und soziale Kontakte pflegen. Wir halten uns an viele der strengen Regeln der staatlichen Schulen nicht. Das erschwerte allerdings unseren Kindern den schulischen Alltag, und die Sprachbarriere kam noch hinzu. Wir erkannten, dass es gut wäre, die Kinder schon vor der Einschulung zu unterrichten.

## DIE ELTERN ÜBERZEUGEN

Mit Hilfe der Ramakrishna Mission baute die GASS Kindergärten für Drei- bis Sechsjährige: zunächst 1989 in Ghosaldanga, zwei Jahre später dann auch in Bishnubati. Santal-Frauen unterrichteten die Kinder in ihrer Muttersprache. Sie gingen von Haus zu Haus, um die Eltern davon zu überzeugen, ihre Söhne und Töchter einschulen zu lassen.

Unterernährung war zu dieser Zeit ein großes Thema, vor allem bei Müttern und Kindern. So wurde es zu einer der Hauptaufgaben der Kindergärten, Kinder und Schwangere mit nahrhaftem Essen zu versorgen. Es gab Khichuri (eine Mischung aus Reis, Hülsenfrüchten und Kartoffeln), grünes Gemüse wie Bohnen, Obst (etwa Papaya) und für jeden täglich ein gekochtes Ei.

Neben der Ernährung lag ein Fokus auf der Entwicklung der kognitiven und körperlichen Fähigkeiten der Kinder. Die Kinder lernten über Lieder, Tänze und Musik das Konzept von Buchstaben und Zahlen, und sie durften auch viel spielen. Wir nutzten das bengalische Alphabet für unsere Sprache, um es ihnen nicht zu schwer zu machen.

Wir merkten, wie wichtig es ist, die Eltern zu beteiligen. Daher hielt GASS wöchentlich Treffen ab und organisierte regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen, unterstützt von freiwilligen Ärzt\*innen aus Westbengalen und Deutschland. Die gesundheitliche Lage war damals desolat. Einer Studie zufolge hatten Ende der 1980er-Jahre in den 48 Familien in Ghosaldanga etwa 40 Personen Tuberkulose.

Bei den Treffen überlegten Eltern und Betreuende, wie sie die Schule verbessern könnten. Dabei ging es regelmäßig um Gesundheit und Hygiene, aber auch um Alkoholismus und Aberglaube und was man dagegen tun könnte. All das gehörte zur



**Nahrhafte Mahlzeiten anzubieten ist nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Vorschulen in Ghosaldanga und Bishnubati.**

ganzheitlichen Betrachtung der Situation der Kinder. Nach den Treffen erhielten alle Familien Seife und Eisentabletten.

Auf Anregung der Familien legten wir einen Gemüsegarten an und begannen Bäume zu pflanzen. Im Sommer, wenn es auf dem Feld weniger zu tun gab, sammelten die Dorfbewohner\*innen die Samen verschiedener Bäume aus den umliegenden Wäldern. Sie zogen Setzlinge daraus und pflanzten Hunderte von Bäumen entlang der Straßen zu den Dörfern und auf wenig fruchtbarem Land. Alle in den Familien beteiligten sich an dieser kleinen Aufforstungsaktion. Das stärkte das Gemeinschafts- und Verantwortungsgefühl für unsere Kindergärten.

Die Pflanzungen haben sich als sehr wertvoll erwiesen. Früher mussten unsere Frauen kilometerweit für Feuerholz laufen. Jetzt sammeln sie Laub und Äste von den Bäumen in der Nähe.

Nach der Jahrtausendwende wurden staatliche Einrichtungen gebaut, die die Aufgaben unseres Vorschulprogramms

übernehmen sollten. Aber auch hier sprachen die Lehrkräfte unsere Sprache nicht und verstanden nicht, was unsere Kinder brauchen. Die Lösung war, unsere Einrichtungen mit den staatlichen Schulen zusammenzulegen.

Wir stellten fest, dass Kinder, die unseren Kindergarten besucht hatten, in der Grundschule besser zurechtkamen und leichter zu unterrichten waren. Zudem wollten wir eine eigene Schule gründen. Auch das schafften wir – dank einer großzügigen Spende des deutschen Forschers Rolf Schoembs. Die GASS kaufte Land und gründete eine vollwertige Grundschule namens Rolf-Schoembs-Vidyashram. Auf dem Lehrplan stehen unter anderem Santali-Lieder, Musik, unsere Geschichte und Folklore.

Wir sorgen dafür, dass die Kinder lernen, was sie brauchen, und dass sie lesen, schreiben und rechnen können. Aber wir folgen keinem starren Lehrplan. Unsere Lehrkräfte können improvisieren, neue Themen einführen oder Ausflüge machen, je nach den Interessen der Kinder. Die Un-

terrichtsmethode ist spielerisch, aber doch ernsthaft und effektiv.

Wir arbeiten nun seit mehr als drei Jahrzehnten mit Adivasi-Kindern in der Vorschulerziehung und wissen, wie wir sie gut unterrichten können. Wir freuen uns, dass auch einige Kinder aus anderen Santal-Dörfern zu uns in die Schule kommen. Zugleich sind wir uns völlig im Klaren darüber, dass die meisten Adivasi-Kinder in Indien nicht die Chance haben, systematisch und frühzeitig in ihrer eigenen Sprache unterrichtet zu werden.



**BORO BASKI**

arbeitet für die lokale Organisation Ghosaldanga Adibasi Seva Sangha in Westbengalen. Die NGO wird

vom deutschen Freundeskreis Ghosaldanga und Bishnubati unterstützt. Er hat als Erster aus seinem Dorf eine Hochschule besucht und ist der Erste mit einem Dokortitel (in sozialer Arbeit).

[borobaski@gmail.com](mailto:borobaski@gmail.com)

## Im Bildungssystem benachteiligt

Mehr als 7 Millionen Menschen in Indien sprechen Santali, wie die Volkszählung von 2011 ergeben hat. Die Santal sind die drittgrößte Adivasi-Gruppe in Indien und in sieben Bundesstaaten beheimatet.

Santal sind in der indischen Gesellschaft oft benachteiligt, wie auch die Volkszählung bestätigte. Sie ergab eine Alphabetisierungsrate der Santal im Bundesstaat Westbengalen von knapp 55%. Der Gesamtwert lag bei gut 76% und damit leicht über der nationalen Rate von 73%.

Auch nach der Unabhängigkeit vernachlässigten die indischen Regierungen oft die Bildung für arme Bevölkerungsgruppen. In den 1990er-Jahren schätzten Expert\*innen, dass nur etwa die Hälfte der jungen

Generation, die eigentlich zur Schule gehen sollte, dies auch tatsächlich tat.

Die Dinge haben sich jedoch geändert. Jedenfalls haben sich die Einschulungsquoten für Grund- und weiter-

führende Schulen für Jungen wie Mädchen verbessert.

2009 verabschiedete das indische Parlament das Gesetz zum Recht auf Bildung (Right to Education Act, RTE). Es ist das wichtigste Gesetz im Bildungsbereich in Indien und zielt auf die allgemeine Schulbildung für die Altersgruppe von sechs bis 14 Jahren. Aber auch hier

fand die Vorschulbildung nicht genug Beachtung. 2020 wurde in der nationalen Bildungsstrategie anerkannt, dass eine gute frühkindliche Bildung vielen Familien – besonders solchen aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen – nicht zugänglich war.

Die Adivasi-Gemeinden sprechen ihre eigenen Sprachen. Insofern sind sie im Bildungsbereich tendenziell besonders benachteiligt. Angeregt durch das RTE-Gesetz haben die Regierungen der Bundesstaaten jedoch damit begonnen, Schulen einzurichten, in denen in Adivasi-Sprachen unterrichtet wird – auch auf Santali. Sie richten sich an Schüler\*innen der Klassen eins bis zwölf. Pädagog\*innen betonen, dass das sehr wichtig ist, um die Alphabetisierung zu fördern und den Kindern die Regionalsprache richtig beizubringen.



Matheunterricht in einer ländlichen Santal-Vorschule.



Schlange vor Wahllokal zur Präsidentschaftswahl in Sambia 2021. Es folgte ein friedlicher Machtwechsel, der die Demokratie stärkte.

DEMOKRATIEFÖRDERUNG

## Demokratie schützen, Autokratisierung abwenden

**Die weltweite Autokratisierungswelle erfordert einen Wandel in der Demokratieförderung: Der Schutz demokratischer Errungenschaften vor Autokratisierung gewinnt an Bedeutung. Entwicklungspolitische Kooperationen mit Autokratien sind für das globale Gemeinwohl nötig. Es gilt aber stärker als bisher zu vermeiden, dass sie autokratische Strukturen stützen.**

Von Julia Leininger

In zahlreichen demokratischen Ländern, auch in Deutschland, protestierten zuletzt Menschen lautstark aus Unzufriedenheit mit der Politik. Nicht wenige stellen die Demokratie selbst in Frage. Gleichzeitig leben derzeit 72 Prozent der Menschheit in Staaten mit autokratischen Merkmalen, wie V-Dem, ein Institut für Demokratieforschung, 2023 feststellte. Indien beispielsweise, auf

dem Papier die größte Demokratie der Welt, beschneidet systematisch Grundfreiheiten von Teilen der Bevölkerung. Auch die Militärputsche in Niger und Gabun im vergangenen Jahr stehen für ein neues Erstarren autokratischer Herrschaft.

Dennoch gibt es Gründe, optimistisch zu bleiben und sich gerade angesichts der grassierenden Autokratisierungswelle für

„Die Forschung zeigt, dass Demokratieförderung wirkt: Die eingesetzten Mittel leisten durchschnittlich einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung demokratischer Institutionen, Verhaltensweisen und Verfahren.“

die Demokratie als politische Ordnungsmacht einzusetzen – gerade auch entwicklungs- und außenpolitisch. Die herkömmliche Demokratieförderung der vergangenen 20 Jahre hat dafür aber ausgedient. Sie muss dringend neu ausgerichtet werden.

### ERWARTUNGSMANAGEMENT

Zum einen hat sich die Zielrichtung der Demokratieförderung verändert: Sie schließt nun vermehrt den Schutz von Demokratien vor Autokratisierung ein. Das erfordert andere Herangehensweisen, die teils neu entwickelt werden müssen. Zum anderen liegt mittlerweile fundierteres Wissen über die Bedingungen und Wirkungen von Demokratieförderung und von Entwicklungspolitik auf Demokratie vor. Dieses Wissen gilt es für die nötige Neuausrichtung fruchtbar zu machen.

Die Forschung zeigt, dass Demokratieförderung wirkt: Die eingesetzten Mittel leisten durchschnittlich einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung demokratischer Institutionen, Verhaltensweisen und Verfahren. Auch die Evaluierung einzelner Projekte, etwa in den Bereichen Wahlbeobachtung, Förderung der Zivilgesellschaft oder Stärkung von Parlamenten, zeigt häufig eine zumindest teilweise Wirkung.

Allerdings kann – und sollte – kein Staat von außen ein gesamtes politisches System demokratisieren, wenn dies nicht von der dortigen Gesellschaft und zumindest Teilen der staatlichen Elite getragen und gewünscht ist. Dies verdeutlicht etwa das internationale Engagement in Afghanistan bis 2022. Zu hoch gesteckte politische Ziele und damit verbundene Erwartungen sind eines der Hauptprobleme in der Demokratieförderung.

Demokratie „von außen“ zu fördern und zu schützen bedeutet vielmehr, demokratische Elemente in einem politischen System und in der Gesellschaft über einen langen Zeitraum zu unterstützen; und zum richtigen Zeitpunkt schnell zur Stelle zu sein, zum Beispiel bei einem Umsturz wie im Arabischen Frühling 2011/2012. Angemessenes Erwartungsmanagement und der Aufbau langfristiger Beziehungen sind daher entscheidend.

**AKTUELLE AUTOKRATISIERUNGSWELLE BEEINFLUSST ENTWICKLUNGSPOLITIK**

Die Entwicklung politischer Regime ist ergebnisoffen. Dies zeigt sich etwa derzeit an autokratischen Bewegungen in Demokratien wie den USA oder Indien. Politische Werte in der Bevölkerung können sich verändern und demokratische Institutionen auch wieder abgebaut werden, selbst wenn sie über Jahrhunderte gewachsen sind. Diese Schwankungen zwischen Autokratie und Demokratie treten seit Beginn des 20. Jahrhunderts wellenartig auf. Derzeit befinden wir uns auf dem Hoch der aktuellen Autokratisierungswelle. Drei Merkmale zeichnen sie aus:

Erstens erfolgt Autokratisierung nicht mehr so häufig in einer abrupten Abkehr von der Demokratie, etwa durch einen militärischen Umsturz, sondern tendenziell als stufenweiser Prozess. Häufig sind es die gewählten Machthabenden selbst, die den Demokratieabbau betreiben. Insofern es sich dabei um Partnerregierungen für staatliche Entwicklungspolitik handelt, ist abzuwägen, was das für die Zusammenarbeit bedeutet und ob daraus Konsequenzen folgen sollten.

Zweitens gibt es keine einfachen Einordnungen von politischen Regimetypen. Autokratisierungsprozesse und Autokratien, die derzeit entstehen, unterscheiden sich. Während manche Staaten noch

Wahlen abhalten, aber die Meinungsfreiheit einschränken, können in anderen die Machthabenden ohne Kontrolle durch die Bevölkerung oder das Parlament und die Judikative regieren. Diese Varianz bedingt die Wahl der richtigen Mittel von Demokratieförderung und -schutz.

„Die Entwicklung politischer Regime ist ergebnisoffen. Dies zeigt sich etwa derzeit an autokratischen Bewegungen in Demokratien wie den USA oder Indien.“

Drittens ist Demokratieabbau ein gemeinsames Problem von Gesellschaften im globalen Norden und Süden. Oft gehen diese Prozesse mit Polarisierungstendenzen einher. Erst spalten sich die politischen Eliten eines Landes, dann die gesellschaftlichen Kräfte. Dieser Trend macht es schwerer, die demokratische Ordnung zu reformieren und Gräben zu überbrücken.

**MEHR WISSEN GENERIEREN**

Diese Charakteristika stellen die internationale Demokratieförderung vor neue Her-

ausforderungen, die aber durchaus lösbar sind. Demokratieschutz und Prävention vor Autokratisierung sind nun zentrale Aufgabenfelder. Allerdings existieren wenige verallgemeinerbare Erkenntnisse über Wirkmechanismen, Instrumente oder den richtigen Zeitpunkt für internationales Handeln. Die größte Aufgabe besteht darin, die bisherigen Evaluierungserkenntnisse zu bündeln, Aktivitäten auszuwerten und gegebenenfalls zu verändern und auszuweiten. Es braucht geeignete Instrumente, um politische Kontexte angemessen zu analysieren und Unterschiede zu erkennen.

Nicht zuletzt ist Demokratieschutz auch eine Haltungsfrage. Ein Land wie Deutschland kann kaum Demokratie in anderen Ländern fördern, ohne die Wertebasis und Funktionsfähigkeit der eigenen Demokratie zu hinterfragen. Die Kehrtwende in der Demokratieförderung muss daher auch zu einem stärkeren Verständigungsprozess in Deutschland und Europa sowie mit Gesellschaften im globalen Süden führen. Demokratieschutz in diesem Sinne wäre ein gegenseitiger Lernprozess.

**WENN ENTWICKLUNGSPOLITIK AUTOKRATIEN STÄRKT**

Um Demokratie wirksam zu schützen und vor Autokratisierung zu bewahren, braucht



Kooperation gegen die Erderhitzung ist unerlässlich: Die Sondergesandten John Kerry (USA, links) und Xie Zhenhua (China) auf dem Klimagipfel in Dubai 2023.

es aber noch mehr. Nötig ist ein fundamentales Umdenken in der gesamten Entwicklungspolitik – eine unumgängliche Mammutaufgabe.

Die Forschung zeigt: Entwicklungspolitische Unterstützung in ihrer Gesamtheit verstärkt vorhandene politische Dynamiken. Sie kann Demokratisierung unterstützen – aber auch autokratische Herrschaft indirekt stabilisieren. Im Jahr 2021 flossen laut einer OECD-Studie 79 Prozent aller öffentlichen Entwicklungsgelder weltweit in Autokratien. Machthabende haben durch die Bereitstellung von Entwicklungsfinanzierung mehr finanziellen und damit auch politischen Spielraum, um in Bereiche zu investieren, die ihrem Machtaufbau oder -erhalt dienen (Fungibilitätsproblem), zum Beispiel in das Militär. Zudem kann die enge Zusammenarbeit mit staatlichen Partnern die Exekutive legitimieren und damit auch mittelbar die politische Elite eines Landes.

Wenn Entwicklungspolitik also zu Autokratisierung beiträgt, müssten die möglichen politischen Folgen von Entwicklungsprogrammen in ihrer Zielsetzung, Planung und Umsetzung stärker berück-

sichtigt werden. Zum Beispiel sind große Investitionssummen und Infrastrukturprojekte daraufhin zu prüfen, wie sie sich auf politische Dynamiken vor Ort auswirken können. Bereits jetzt beinhalten Machbarkeits- und Kontextanalysen oft Aspekte wie Menschenrechte, Korruption oder das Eskalationspotenzial von Konflikten. Solche Fragen müssten sich noch gezielter auf politische Prozesse und Machtkonstellationen richten: Welchen Nutzen ziehen Machteliten aus einer Investition? Dafür ist auch der Austausch mit regimiekritischen Gruppen notwendig. In der Umsetzung muss es einfacher werden, auf schrittweise Veränderungen zu reagieren, zum Beispiel durch adaptive Ansätze.

### WERTEORIENTIERTER PRAGMATISMUS

Demokratien kommen nicht umhin, Entwicklungsziele durch die Kooperation mit Autokratien zu verfolgen. Im globalen Klima- und Umweltschutz spielen beispielsweise Staaten wie China oder die Demokratische Republik Kongo eine tragende Rolle. Doch werden dabei nicht demokratische Werte verraten? Nicht, wenn sich der Kooperationszweck am globalen Gemeinwohl orientiert und die Rolle von Demokratie wohl bedacht ist.

Deutschland, das sein Gemeinwohl weitgehend durch Exporte erwirtschaftet, ist wirtschaftlich auf geostrategische Kooperationen mit Autokratien angewiesen. Pragmatische Beziehungen sind hier notwendig, aber ohne Ausverkauf der Demokratie. Dazu gehört, sich offen zu demokratischen Werten zu bekennen und ihre Verletzung zu verurteilen. Die Kooperation mit geschlossenen Autokratien ohne strategische Relevanz für Deutschland wäre beim wertebasierten Pragmatismus zweitrangig oder würde auslaufen.

### GESCHLOSSENE UND OFFENERE AUTOKRATIEN

Wie beschrieben ist das Spektrum an Autokratien heterogen und bietet unterschiedliche Kooperationsmöglichkeiten. In offeneren Autokratien mit gewissen Beteiligungsmöglichkeiten – etwa in Burkina Faso, Äthiopien oder auf den Philippinen – bestehen Anknüpfungspunkte sowohl für gemeinwohlorientierte als auch demokratiefördernde Maßnahmen. In geschlos-

senen Autokratien wie Guinea, Myanmar oder Turkmenistan sind die Möglichkeiten beschränkt.

Was aus demokratischer Sicht Anlass zu Optimismus bietet: Auch Autokratisierung ist ein umkehrbarer Prozess. Dies haben etwa Sambia und Südkorea jüngst bewiesen. Wenn demokratische Entwicklungspolitik

„Was aus demokratischer Sicht Anlass zu Optimismus bietet: Auch Autokratisierung ist ein umkehrbarer Prozess. Dies haben etwa Sambia und Südkorea jüngst bewiesen.“

sich Autokratisierungstendenzen entgegenstellen will, braucht sie dafür aber insbesondere Verbündete in den Partnerländern. Solche Demokratieschützer\*innen zu suchen, zu finden und zu unterstützen bleibt deshalb eine wichtige Aufgabe staatlicher Entwicklungspolitik.

### LITERATUR

Leininger, J., von Schiller, A., 2023: What works in democracy support? How to fill evidence and usability gaps through evaluation. *Evaluation* Vol. 29/4.

<https://journals.sagepub.com/doi/epub/10.1177/13563890231218276>

Roll, M., 2021: Institutional change through development assistance. The comparative advantages of political and adaptive approaches. Bonn, DIE Discussion Paper.

<https://www.idos-research.de/discussion-paper/article/institutional-change-through-development-assistance-the-comparative-advantages-of-political-and-adaptive-approaches/>

V-Dem Institute, 2023: Case for Democracy Report.

<https://v-dem.net/our-work/research-programs/case-for-democracy/>



**JULIA LEININGER**  
ist Politikwissenschaftlerin und Leiterin des Forschungsprogramms „Transformation politischer

(Un-)Ordnung“ am German Institute of Development and Sustainability (IDOS).  
[julia.leininger@idos-research.de](mailto:julia.leininger@idos-research.de)

## Warum Demokratie?

Demokratie wird bisweilen als Ziel von Entwicklungspolitik in Frage gestellt. Es lohnt sich aber, Demokratie und nachhaltige Entwicklung zusammenzudenken:

- **Kooperation:** Nachhaltige Entwicklung braucht globale Kooperation. Dass diese verlässlich gelingt, ist unter Demokratien wahrscheinlicher.
- **Gemeinwohl:** Studien zeigen, dass demokratische Regime in verschiedenen Bereichen gemeinwohlorientierter sind und bessere Entwicklungsergebnisse erzielen als Autokratien, etwa bei Gesundheit, sozialer Sicherung und Wohlstand.
- **Menschenwürde:** Vergleicht man verschiedene politische Regimetypen, so sind Demokratien nicht nur auf dem Papier die Regime, die darauf abzielen, die Würde aller Menschen in gleichem Maße zu schützen. JL



FRAUENRECHTE IN ALGERIEN

# Gegen Diskriminierung und Femizid

**In Algerien ist das Patriarchat tief verwurzelt. Frauen werden rechtlich und gesellschaftlich benachteiligt, und die Anzahl der Femizide ist alarmierend. Doch viele Frauen leisten Widerstand.**

Von Khadidja Kelalech

In Algerien regelt das Familiengesetzbuch von 1984 die Angelegenheiten rund um Ehe, Scheidung und Erbschaft. Dabei sind die Rechte von Frauen einschränkt, denn die meisten Entscheidungen bedürfen der Zustimmung von Männern. In den Jahren 2005 und 2016 gab es zwar Änderungen, die die Handlungsfähigkeit von Frauen in Ehe- und Scheidungsangelegenheiten stärkten. Dennoch gibt es nach wie vor Lücken in der Gleichstellung der Geschlechter. Vor allem wird geschlechtsspezifische Gewalt – etwa Femizid, häuslicher Missbrauch und Vergewaltigung in der Ehe – nicht konsequent bekämpft.

In den vergangenen Jahren gab es in Algerien zahlreiche Morde an Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Diese Femizide zu dokumentieren, haben sich Aktivistinnen der Plattform Féminicides Algérie zum Ziel gesetzt. Zwischen 2019 und 2021 haben sie 187 Fälle registriert, von denen zwei große Aufmerksamkeit erregt haben.

Im Oktober 2020 erschütterte die tragische Geschichte von Chaïma, einer 19-Jährigen aus einem Vorort von Algier, die Nation. Sie war von einem Mann in eine verlassene Tankstelle gelockt worden, der sich an ihr rächen wollte, weil sie ihn wegen einer früheren Vergewaltigung ins Gefängnis gebracht hatte. Er vergewaltigte Chaïma, folterte sie grausam und zündete sie schließlich an.

Dieser Mord löste in vielen algerischen Städten Proteste aus, bei denen Frauen ein Ende der geschlechtsspezifischen Gewalt und Gerechtigkeit für Chaïma forderten. Aktivisten machten mit Hashtags wie #JeSuisChaïma, #WeLostOneOfUs und #NousSommesToujours.Là auf das Problem aufmerksam. Enttäuschend ist, dass einige auf Social Media dem Kleidungsstil des Op-

fers die Schuld an der Tat gaben und nicht den Vergewaltiger und Mörder verantwortlich machten.

Ein weiterer aufsehenerregender Fall war der der 39-jährigen Journalistin Tinehinane Laceb. Die Mutter zweier kleiner Mädchen moderierte eine Umweltsendung im algerischen Fernsehen. Am 26. Januar 2021 wurde sie von ihrem Ehemann ermordet, der sehr eifersüchtig war und nicht akzeptieren konnte, dass sie arbeitet. Das algerische Fernsehen berichtete über diese Tat, indem es sie zunächst als bloßen „Tod“, nicht als „Mord“ zu bezeichnen.

Algerische Frauen weigern sich zunehmend, dies hinzunehmen. Die vorherrschende gesellschaftliche Kultur des Schweigens und der Stigmatisierung von Femizid und geschlechtsspezifischer Gewalt erschwert den Opfern den Weg zur Gerechtigkeit. Zwar gibt es in Algerien Gesetze gegen geschlechtsspezifische Gewalt, doch werden diese oft nicht konsequent durchgesetzt.

Die 23-jährige Dhoha beschreibt anschaulich, wie Frauen doppelt zu Opfern werden: „Du hast Angst, angegriffen zu werden, und auch Angst, dass man dir nicht glaubt! Angst vor dem Angreifer und der Gesellschaft! Wer wird mir glauben?“

Doch immer mehr Frauen beteiligen sich am Widerstand. Social Media hat sich

zu einem wirksamen Instrument entwickelt, um ihren Stimmen Gehör zu verschaffen und das Thema ins Rampenlicht zu rücken. So veröffentlichte die Association des Actrices Algériennes (Vereinigung algerischer Schauspielerinnen) als Reaktion auf den tragischen Mord an Chaïma ein YouTube-Video, in dem bekannte Schauspielerinnen auftreten. Es ist eine satirische Kritik an patriarchalischen und frauenfeindlichen Werten und zielt darauf ab, die Unterdrückung von Frauen in Frage zu stellen. Das Video stieß jedoch auf Gegenreaktionen und Ablehnungen, da viele Algerier es als beleidigend gegenüber den religiösen und traditionellen Werten des Landes empfanden.

Dies hindert algerische Frauen aber nicht, weiter Widerstand zu leisten. Sie kämpfen nach wie vor für Gesetzesreformen – und einen kulturellen Wandel hin zur Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung.

## LINKS

**Féminicides Algérie:**

<https://feminicides-dz.com/>

**YouTube-Video gegen geschlechtsspezifische Gewalt der Vereinigung algerischer Schauspielerinnen:**

[https://www.youtube.com/](https://www.youtube.com/watch?v=JAxLLmyYzMo&t=46s)

[watch?v=JAxLLmyYzMo&t=46s](https://www.youtube.com/watch?v=JAxLLmyYzMo&t=46s)



**KHADIDJA KELALECH**

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität von Leicester in Britannien und forscht zu

Frauenthemen in der MENA-Region mit Fokus auf Algerien.

[kk480@leicester.ac.uk](mailto:kk480@leicester.ac.uk)



**Proteste in Algier gegen den Mord an der 19-jährigen Chaïma und anderen Frauen.**



Das als Usindiso Shelter bekannte Gebäude nach dem tödlichen Brand im August.

URBANES WOHNEN

## „Eine Geschichte der Vernachlässigung“

Als am 31. August 2023 im Usindiso Shelter in der Innenstadt von Johannesburg ein Feuer ausbrach, lebten mehr als 200 Familien in dem illegal besetzten fünfstöckigen Gebäude. 77 Menschen starben, viele weitere wurden schwer verletzt. Alle gehörten zum ärmsten Teil der Stadtbevölkerung, etliche waren Zugewanderte aus anderen süd-afrikanischen Provinzen oder afrikanischen Ländern. Das Gebäude ist Eigentum der Stadt und seit dem Brand unbewohnbar. In diesem Interview spricht die Menschenrechtsexpertin Nomzamo Zondo über den politischen und sozialen Kontext der Katastrophe.

Nomzamo Zondo im Interview mit Eva Dick

**Was geschah mit den Bewohner\*innen im Usindiso Shelter in der Brandnacht? Wohin gingen sie?**

Die Stadt Johannesburg stellte schnell Busse zur Verfügung, um die Menschen an einen Ort zu bringen, den sie „die Notunterkunft“ nennen. Tatsächlich handelt es sich um ein Gemeindezentrum in Bezuidenhout

Valley, einem Vorort etwa sieben Kilometer vom zentralen Geschäftsviertel, wo Usindiso liegt, entfernt. Die Menschen weigerten sich zunächst, dorthin zu gehen. Diejenigen, deren Zimmer nicht abgebrannt waren, wussten nicht, wann sie an ihr Hab und Gut kommen würden. Andere wollten sich einen Überblick verschaffen und wissen, wer von den Menschen, die sie kannten, gefunden worden war und wer nicht.

Mindestens 250 Menschen wurden in die Notunterkunft gebracht, darunter auch Familien mit kleinen Kindern. Einige von ihnen wurden von dort auf andere Unterkünfte verteilt. Von Anfang an herrschte Überfüllung, die Menschen fühlten sich nicht wohl. Einige, deren Bekannte in anderen illegal besetzten Gebäuden lebten, bereiteten sich darauf vor, zu ihnen zu gehen. Ich hörte von einer Familie, die sich außerhalb von Johannesburg unter einer Brücke neben einem Busbahnhof für Minibusse niederließ.

**Wie ging es in den Wochen und Monaten danach weiter?**

Nach zwei Monaten lebten immer noch etwa 70 Menschen in der Notunterkunft in Bezuidenhout Valley. Der Rest hatte andere, illegal besetzte Gebäude bezogen. Einige sagten, die Stadt Johannesburg habe auch nach zwei Monaten noch nicht koordiniert Hilfe geleistet, etwa um jene zu unterstützen, die Familienmitglieder verloren hatten. Usindiso Shelter gehört aber der Stadt, also ist sie in der Verantwortung.

Es hieß, die Stadt würde sich um jene kümmern, die ins Krankenhaus mussten – dort erhielten sie aber keine Unterstützung. Auch gab es Probleme mit den persönlichen Gegenständen der Opfer. Einige versuchten vergeblich, in das Gebäude zu gelangen. Als es schließlich geöffnet wurde, stellten manche fest, dass sie bestohlen worden waren.

Viele glauben, die Bewohner\*innen seien so unmenschlich behandelt worden, weil davon ausgegangen wurde, dass sie Migrant\*innen sind (siehe hierzu den Beitrag von Audrey Simango auf Seite 23 dieser Ausgabe) – und deshalb keine humane Behandlung der Regierung verdienten. Das Socio-Economic Rights Institute of South Africa (SERI) hat versucht, dies in den Medien und auch in Gesprächen mit der Stadt zu thematisieren.

**In einer Presseerklärung von SERI am Tag des Brandes hieß es, Usindiso sei beispielhaft dafür, wie die Stadt mit ihrem Wohnraum umgehe. Was meinten Sie damit?**

Die Stadt gibt bei den Gebäuden, die ihr gehören, gerne vor, sie habe die Kontrolle da-

rüber verloren. Es gibt aber Beweise dafür, dass sie nicht die Kontrolle verloren, sondern die Gebäude absichtlich vernachlässigt hat. Die Stadt war um Hilfe gebeten worden, und es gab konkrete Vorschläge für Maßnahmen – aber sie entschied, nichts zu tun. Daher ist Usindiso für uns nichts Neues – es ist eine Geschichte der Vernachlässigung. Ich finde das sehr frustrierend. Angesichts der Bedingungen in Usindiso, etwa des verhältnismäßig guten Zugangs zu Dienstleistungen, hatte das Gebäude durchaus Potenziale. Die Stadt hätte es nutzen können, um die bedürftigen Bewohner\*innen der Innenstadt angemessen unterzubringen.

Wenn die Stadt ein Gebäude für unsicher erachtet, vertritt sie die Ansicht, es müsse geräumt werden. Oft wissen Bewohner\*innen dann aber nicht, wohin sie gehen sollen. Die Menschen haben ein Recht auf Zugang zu angemessenem Wohnraum. Wenn sie sich keine Wohnung leisten können, muss der Staat ihnen Wohnraum zur Verfügung stellen. Dies geht aus dem südafrikanischen Emergency Housing Programme hervor, einer speziellen politischen Maßnahme im National Housing Code.

**Wie kann das Emergency Housing Programme genutzt werden? Was hat die Stadt bisher getan?**

Die Stadt hat das Programm noch nicht voll ausgeschöpft. Meiner Meinung nach hält sie sich nicht an die Verpflichtungen, die ihr die Gerichte zur Unterbringung von Menschen auferlegt haben. Sie hat nur dann Unterkünfte zur Verfügung gestellt, wenn Gerichte es angeordnet haben. Gegen unsichere Wohnverhältnisse hat sie aber nichts unternommen, obwohl das Programm dafür genutzt werden kann, Gebäude und Häuser sicherer zu machen – etwa durch die Einrichtung von Fluchtwegen und die Anschaffung von Geräten zum Feuerlöschen. Beispielsweise muss der Hydrant den rich-

„Ich habe den Eindruck, dass die Stadtverwaltung von Johannesburg eher unwillig war. Aber auch die nationale Regierung und die Provinzregierung haben wenig geliefert – sie waren unsichtbar.“

tigen Druck haben und an alle Stockwerke angeschlossen sein. Wenn die Stadt ein Gebäude renoviert, sollte sie für einen ausreichenden Zugang zu Wasser und sanitären Anlagen sorgen, sodass die Gesundheit der Bewohner\*innen nicht gefährdet ist. Nur wenn die Bedingungen nicht sicher sind und eine Renovierung nicht praktikabel ist, sollte die Stadt die Menschen in andere Gebäude umsiedeln.

**Das klingt, als wären größere Investitionen notwendig. Wie steht es mit der Finanzierung?**

Kommunen können Mittel aus dem Fonds des Emergency Housing Programmes beantragen, um auf eine Notsituation zu reagieren. Das Programm zählt Zwangsräumungen ausdrücklich zu Notsituationen. Aber die Kommunen haben es bei Zwangsräumungen nicht genutzt, weil sie diese nicht als Notfall sehen – wahrscheinlich, weil man dabei eher an unerwartete Ereignisse wie Überschwemmungen und Brände denkt. Dagegen dauert das Gerichtsverfahren für eine Zwangsräumung meist zwei Jahre, manchmal sogar bis zu 15 Jahre. Es kann ein sehr langer Prozess sein.

**Stadtverwaltungen allein können die städtische Wohnungsnot nicht lösen. Was müssen Regierungen in Südafrika auf nationaler oder Provinzebene tun?**

Das nationale Wohnungsministerium hat die Aufgabe, die Gemeinden und Provinzen bei der Umsetzung des National Housing Code anzuleiten. Ich habe den Eindruck, dass die Stadtverwaltung von Johannesburg eher unwillig war. Aber auch die nationale Regierung und die Provinzregierung haben wenig geliefert – sie waren unsichtbar. Sie haben gesehen, dass die Stadt mit den Problemen nicht fertig wurde und versagt hat, sind aber nicht eingeschritten.

SERI hat sowohl die nationale Regierung als auch die Provinzregierung aufgefordert, Johannesburg mit ihrem Fachwissen und ihren Ressourcen bei der Lösung der Wohnungskrise zu unterstützen. Zum Beispiel, indem sie mit der Stadt das Problem angehen, dass sie Bewohner\*innen aus lebensgefährlichen Gebäuden umsiedeln muss, aber kaum geeignete Gebäude für sie findet. Hier könnte das nationale Infrastrukturministerium helfen. Es ist für alle staatlichen Immobilien zuständig und kann daher darüber informieren, wie viele davon verfügbar sind und was nötig wäre, um sie zu renovieren, damit die Stadt sie nutzen kann.

**Wie können nichtstaatliche Akteure wie SERI dazu beitragen, sicheren Wohnraum in der Innenstadt von Johannesburg zu schaffen?**

Direkt nach dem Brand im Usindiso Shelter haben wir unser Netzwerk mobilisiert und Fachleute wie etwa Architekt\*innen um Hilfe bei der Neugestaltung gebeten. Es gibt mehrere gemeinnützige Organisationen, die bereit sind, mit den Bewohner\*innen zusammenzuarbeiten, um die Gebäude sicherer zu machen. Das könnte mit mehr staatlicher Unterstützung noch effektiver funktionieren. SERI arbeitet seit mehr als zehn Jahren mit Bewohner\*innen der Innenstadt zusammen. Wir sind bereit, ihnen und auch zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Stadt und dem Staat zu helfen, die Probleme in Johannesburg gemeinsam anzugehen.

**Kann die Katastrophe im Usindiso Shelter ein Weckruf sein?**

Während der Apartheid diente Usindiso als Passierstelle, in der entschieden wurde, ob Nichtweiße Johannesburg betreten durften. Das Feuer hat uns erneut gezeigt, dass es zu wenige Fortschritte bei der Überwindung dieser Vergangenheit gegeben hat. Vielleicht ist dies ein Weckruf, um dafür zu sorgen, dass arme Stadtbewohner\*innen mit jener Würde behandelt werden, für die vor dem Ende der Apartheid 1994 so unermüdlich gekämpft wurde.



**NOMZAMO ZONDO**  
ist Anwältin für Menschenrechte und Direktorin des Socio-Economic Rights Institute of South Africa

(SERI).

[nomzamo@seri-sa.org](mailto:nomzamo@seri-sa.org)



## FRÜHKINDLICHE ENTWICKLUNG

# Verschiedene Potenziale

**Die frühe Kindheit ist eine wichtige Phase in der menschlichen Entwicklung, in der Kinder schnell kognitive, soziale und emotionale Fähigkeiten entwickeln. Die Bandbreite der Fähigkeiten, die Kinder in dieser Zeit in unterschiedlichen kulturellen Kontexten erwerben, ist bemerkenswert. Die weit verbreitete internationale Forderung, dass junge Kinder „ihr volles Potenzial ausschöpfen“ sollen, muss jedoch auf die Fähigkeiten zugeschnitten werden, die in ihrem jeweiligen Umfeld wichtig sind.**

Von Sara Harkness und Charles M. Super

Frühkindliche Entwicklung und der Umgang von Betreuungspersonen mit dieser sind global sehr unterschiedlich. Bei unseren Recherchen in einem Dorf im ländlichen Kenia fanden wir den zweijährigen Kibet, der allein auf einem Baumstumpf saß, wimmerte und mit den Füßen strampelte; sein Gesichtsausdruck voller Wut und Elend. Seine Mutter hackte daneben Holz und erklärte sich den Wutanfall ihres Kindes schlicht mit: „Kasinyin“ – wörtlich „seine Arbeit“. Ihr Sohn „mache nur sein Ding“ und werde bald selbst darüber hinwegkommen. Beispiele dieser Art – ob sie anstrengen oder bezaubern – zeugen von wachsender Autonomie und der Fähigkeit, sich allmählich selbst im Verhältnis zu anderen wahrzunehmen. Wie Betreuungspersonen darauf reagieren, ist jedoch kulturell unterschiedlich (siehe hierzu den Beitrag von David Lancy in E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 2024/01, Seite 26).

Gleichzeitig führen die sich entwickelnden Fähigkeiten eines Kindes zu neuen Anforderungen in seiner „Entwicklungsnische“, dem kulturell strukturierten Umfeld des täglichen Lebens. Kinder sollen oft „Entwicklungszeitplänen“ entsprechen, die Überzeugungen von Betreuungspersonen widerspiegeln, wann bestimmte Fähigkeiten erworben sein sollten.

Die Erziehungswissenschaftlerin Marea Tsamaase befasste sich mit den Erwartungen von Großmüttern an Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren in Botsuana. Darin

untersuchte sie Fähigkeiten, die für Selbstversorgung, Kommunikation, das Erlernen von Bräuchen und die Übernahme von Hausarbeiten notwendig sind. Von dreijährigen Kindern erwarteten die Großmütter, dass sie sich selbst anziehen, selbstständig essen und vor allem einfache Befehle befolgen können. Fünfjährige sollten in der Lage sein, einen Teil ihrer Wäsche selbst zu waschen und beim Kochen zu helfen. Das dabei von den Großmüttern verwendete Wort für „klug“ ist eng mit sozialen Fähigkeiten

von Aufgaben im Haushalt zu übertragen, einschließlich der Betreuung jüngerer Geschwister.

Auch in westlichen Gesellschaften haben kulturell geprägte Entwicklungspläne Einfluss auf die Entwicklung von Fähigkeiten je nach Altersstufe und prägen Eltern, Lehrkräfte und politische Entscheidungen. Eine Studie mit Vorschulen und Eltern aus Italien, Spanien, den Niederlanden und den USA ergab, dass es zwar ähnliche Pläne für frühkindliche Bildung gibt, sich jedoch zu grundlegenden Absichten unterscheiden.

In Italien besuchen fast alle Kinder von drei bis fünf Jahren die Vorschule. Dort nehmen sie an geplanten Aktivitäten wie Spielen ebenso teil wie an expressiven oder motorischen Übungen. Im letzten Vorschuljahr kommen erste Lernübun-



Ein Mutter-Kind-Workshop in Peru.

verknüpft und bezieht sich etwa darauf, Aufgaben im Haushalt – zum Beispiel Stühle für Besuch zu holen – und Verantwortung zu übernehmen.

Die Vorstellung von Intelligenz als sozial eingebettetes Phänomen gibt es in vielen subsaharischen Gemeinschaften. Die Kipsigi im Westen Kenias beurteilten die Intelligenz von Kindern etwa häufig nach ihrer Fähigkeit, Aufgaben im Haushalt ohne Aufsicht zu erledigen. Ähnliche Beobachtungen gibt es aus Sambia, Nigeria und der Elfenbeinküste. Erziehung zielt hier darauf ab, Kindern bereits früh eine Vielzahl

gen hinzu, aber es wird mehr Wert auf die Einhaltung von Regeln gelegt – etwa vorm Sprechen die Hand zu heben oder bei strukturierten Aktivitäten sitzen zu bleiben. Für den Schriftspracherwerb werden zum Teil gezielte vorschriftliche Übungen eingeführt, ebenso wie phonologische Übungen zum Erlernen des Alphabets und Übungen zu Zahlen.

In den Niederlanden beginnt die allgemeine Vorschulbildung mit dem vierten Geburtstag des Kindes und ist in die Grundschule integriert; die Inhalte gleichen jedoch dem italienischen System.

**SCHULISCHE FÄHIGKEITEN STEHEN IM VORDERGRUND**

Im Gegensatz zur frühkindlichen Erziehung in Westeuropa werden drei- bis vierjährige Kinder in den USA unterschiedlich betreut – mal zu Hause bei der Familie, bei einem Babysitter, in einer Kindertagesstätte oder in der Vorschule. In den letzten Jahren ist der Druck auf Erziehende und Eltern in den USA gestiegen, den schulischen Lernprozess zu beschleunigen. Eine Kindergärtnerin aus Connecticut berichtete während unserer Forschung: „Mittlerweile bringen wir Vorschulkindern bei, was früher in der zweiten Klasse gelehrt wurde.“ Entsprechend nahmen US-Eltern ihre Rolle bei der Vermittlung schulbezogener Fähigkeiten wahr: Fast drei Viertel hielten es für wichtig, ihren Kindern schulische Fähigkeiten beizubringen, bevor sie in die formale Bildung eintreten.

Dieser Druck ist vor allem durch mediale Aufmerksamkeit gewachsen. Medien berichten häufiger, wie wichtig es sei, die „Gehirnentwicklung“ in den ersten zwei bis drei

„Die Kipsigi im Westen Kenias beurteilten die Intelligenz von Kindern etwa häufig nach ihrer Fähigkeit, Aufgaben im Haushalt ohne Aufsicht zu erledigen.“

Lebensjahren durch pädagogische Maßnahmen zu unterstützen, bevor die Chancen eines Kindes, sein volles Potenzial zu nutzen, unwiederbringlich verloren gingen.

Ironischerweise vernachlässigt das in internationalen Veröffentlichungen wie „Nurturing Care for Early Childhood Development“ von UNICEF, WHO und Weltbank hervorgehobene Ziel, Kindern zu helfen, „ihr volles Potenzial auszuschöpfen“, die große Bandbreite an Fähigkeiten, die für eine erfolgreiche Entwicklung in unterschiedlichen kulturellen Kontexten erforderlich sind. Stattdessen wird empfohlen,

dass Eltern den aktuellen westlichen Mittelschichtspraktiken folgen, die auf eine frühe akademische Entwicklung und Autonomie abzielen.

**LINK**

Harkness, S., et al., 2020: Parents, preschools, and the developmental niches of young children: A study in four western cultures. *New Directions for Child and Adolescent Development*, 170, 113-142. <http://dx.doi.org/10.1002/cad.20343>



**SARA HARKNESS** ist Sozialanthropologin und untersucht in ihren Studien weltweit Kinder und Familien. [sara.harkness@uconn.edu](mailto:sara.harkness@uconn.edu)



**CHARLES M. SUPER** ist Entwicklungspsychologe. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der Entfaltung der frühen Entwicklung in verschiedenen menschlichen Kulturen. [charles.super@uconn.edu](mailto:charles.super@uconn.edu)

Fotos: Jim Ammes

ENTWICKLUNGSPOLITIK

# Religion muss Teil der Lösung sein

Die Kirchenaustritte in Deutschland erreichen Rekordwerte. Auch in anderen Teilen Europas sowie in Nordamerika lässt sich ein verstärkter Säkularisierungstrend feststellen. Dass der Faktor Religion damit auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit an Relevanz verliert, wäre ein fataler Trugschluss.

Von Thomas Rachel

Für vier von fünf Menschen weltweit hat Religion in ihrem Leben einen hohen Stellenwert. In vielen Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit liegt dieser Wert noch höher. Glaube und Religion sind für sie sinnstiftend und bieten ihnen Orientierung für das eigene Handeln. Folglich sollte ungeachtet des individuellen

„Insbesondere im sogenannten globalen Süden erfahren religiöse Akteure oftmals deutlich größeres Vertrauen als staatliche Stellen.“

Verhältnisses zu Religion klar sein: Eine werteorientierte Entwicklungspolitik, die den einzelnen Menschen ernst nehmen möchte, muss auch seine Weltanschauung ernst nehmen. In der Konsequenz sollten auch die religiösen, normativen und kulturellen Realitäten in den Partnerländern systematisch Berücksichtigung in der Entwicklungspolitik finden.

Dennoch erfährt Religion in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik der

aktuellen Bundesregierung einen massiven Bedeutungsverlust. Noch vor rund zehn Jahren haben die damaligen Minister Frank-Walter Steinmeier im Auswärtigen Amt sowie Gerd Müller im Bundesentwicklungsministerium die strategisch wichtige Bedeutung von Religion in der internationalen Politik erkannt. Sie haben wichtige Finanzmittel bereitgestellt und internationale Strukturen aufgebaut. Gleichzeitig wurde unter der von Angela Merkel geführten Bundesregierung erstmals das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit geschaffen. Deutschland hat folglich eine internationale Vorreiterrolle eingenommen. Diese herausgehobene Rolle droht nun auf fahrlässige Weise vernachlässigt und sogar aufgegeben zu werden.

Das zeigt sich beispielsweise an der von Deutschland 2016 initiierten Internationalen Partnerschaft für Religion und Entwicklung (PaRD). Das Netzwerk spielt eine entscheidende Rolle, indem es über 150 internationale und religiöse Organisationen sowie mehrere Regierungen zusammenbringt, um Erfahrungen auszutauschen und

gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Es ist für Religionskompetenz bei Vertreter\*innen deutscher Außen- und Entwicklungspolitik sowie für einen professionellen Umgang mit Religionen insgesamt von entscheidender Bedeutung. Ungeachtet der erfolgreichen Etablierung und Bilanz steht dieses internationale Netzwerk jedoch womöglich vor

Religionsgemeinschaften besitzen gesellschaftliche Gestaltungskraft und können somit zur Akzeptanz, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit beitragen. Viele der weltweiten nachhaltigen Entwicklungsziele – UN Sustainable Development Goals (SDGs) – wie die Gleichberechtigung von Mädchen

konnten 2020 gemeinsam mit 100 religiösen Autoritäten in nur einem Jahr 400 Mädchen vor der Genitalverstümmelung bewahrt werden.

Die UN und die Weltbank gehen davon aus, dass religiöse Organisationen in Teilen Afrikas für fast die Hälfte aller Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsdienste verantwortlich sind. In vielen Ländern wären eine Gesundheitsversorgung oder ein Bildungssystem ohne den Beitrag von Religionsgemeinschaften undenkbar.

Zugleich darf die Ambivalenz von Religionen und Religionsgemeinschaften nicht außer Acht gelassen werden. Religiöse Autoritäten können Konflikte entfachen oder lösen. Ebenso können Religionsgemeinschaften Täter und Opfer von Diskriminierung und Verfolgung sein. Religionen werden zuweilen zur Vermeidung von demokratischen Reformen sowie zur Absicherung von Macht missbraucht. Folglich kommt es darauf an, Religionen dort, wo sie Teil des Problems sind, auch zum Teil der Lösung zu machen.

Gerade vor dem Hintergrund der abnehmenden Religiosität in Deutschland und der weiterhin hohen Religiosität weltweit gilt es, die Religionskompetenz im Außen- und Entwicklungsministerium sowie in den Durchführungsorganisationen auszubauen und etablierte einschlägige Netzwerke wie PaRD finanziell nachhaltig abzusichern. Denn ohne Berücksichtigung des religiösen Kontextes ist auch die selbsterklärte feministische Entwicklungspolitik der Bundesregierung zum Scheitern verurteilt.

Angesichts steigender Kirchengaustritte sowie wachsender Kritik an Kirchen mag dies im säkularisierten Europa befremdlich wirken, aber Entwicklungszusammenarbeit ohne religiöse Komponente wird immer nur Stückwerk bleiben. Dies sollte die Bundesregierung unabhängig von einer ideologisch geprägten Brille anerkennen.



**THOMAS RACHEL**  
ist Sprecher für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss

für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages und Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) sowie Mitglied im Rat der EKD.  
[thomas.rachel@bundestag.de](mailto:thomas.rachel@bundestag.de)



Mitglieder des Libyschen Roten Halbmonds arbeiten an der Öffnung von Straßen nach der verheerenden Flut im September.

dem Ende. Unter Bundesministerin Svenja Schulze wurden die Mittel gekürzt. Noch dramatischer ist, dass sogar die bisherige Förderung Anfang 2025 auszulaufen droht.

## FEHLENDES VERSTÄNDNIS

Das fehlende Verständnis für die Gestaltungskraft religiöser Akteure offenbart sich auch in der Afrika-Strategie und der Strategie zur feministischen Entwicklungspolitik des Bundesentwicklungsministeriums. Der entscheidende Faktor Religion findet hier jeweils nur am Rande Berücksichtigung.

Eine Entwicklungspolitik, die den religiösen Kontext in unseren Partnerländern aus ideologischen Motiven ignoriert, stattdessen aber eigene Vorstellungen forciert, erscheint vielen als neokoloniale Politik. Nachhaltige Entwicklung und friedliches Zusammenleben lassen sich nur unter Einbezug unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte – auch religiöser – erreichen.

und Frauen, der Schutz des Klimas sowie die inklusive und gleichberechtigte Bildung lassen sich nur mit und nicht ohne oder sogar gegen religiöse Akteure erreichen.

Insbesondere im sogenannten globalen Süden erfahren religiöse Akteure oftmals deutlich größeres Vertrauen als staatliche Stellen. In Ländern, in denen die staatliche Entwicklungszusammenarbeit aufgrund von Kriegen und Konflikten an ihre Grenzen stößt oder staatliche Strukturen nicht mehr existieren, sind religiöse Akteure weiterhin aktiv und leisten auch in abgelegenen Regionen eine wichtige Arbeit nah an und mit den betroffenen Menschen.

## AMBIVALENTE ROLLE

In basisnahen Aufklärungskampagnen übernehmen sie eine Schlüsselrolle. Ein Beispiel hierfür ist der Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung in Mali. Dort

## So isst Podor

Wenn Besuch erwartet wird, ist im Norden Senegals jeder Gast am Esstisch willkommen. Gegessen werden gesunde, selbstgekochte Mahlzeiten.

Die Gäste aus Deutschland finden sich auf der offenen Terrasse im ersten Stock des Hauses am Rande der Stadt Podor ein. Alle sitzen auf Matten am Boden im Kreis. Der Magen knurrt. Eine Verwandte bringt ein großes rundes Silbertablett mit Deckel verschlossen herein. Die Spannung steigt – was gibt es wohl zu essen? Das Tablett kommt in die Mitte, und der Deckel wird gelüftet: Es gibt Thiéboudienne, das Nationalgericht im Senegal. In der Landessprache Wolof heißt das Gericht Ceebujen: „ceebu“ bedeutet „Reis mit“ und „jen“ „Fisch“.

Die Grundlage bildet ein Bett aus gewürztem Reis, darauf liegen in der Mitte gebratener oder getrockneter Fisch und verschiedene gekochte Gemüsesorten wie Kohl, Aubergine, Okra, Kürbis, Karotte, Süßkartoffel oder Yams. Jeder Gast bekommt einen Löffel und isst an seinem Bereich vom großen Tablett. Dazu werden eine scharfe grüne Paste aus Hibiskusblättern und dunkle Tamarindensoße gereicht, wovon sich jeder nach Wunsch nehmen kann. Die senegalesische Gastgeberin isst in afrikanischer Manier mit der rechten Hand. Dazu formt sie aus Reis, Fisch und Gemüse mundgerechte kleine Bällchen. Die Gastgeberin verteilt außerdem Stücke von Fisch und Gemüse gerecht an jeden Gast. Das Essen ist würzig, scharf und sehr lecker.

Gräten vom Fisch oder harte Stücke der Tamarindensoße kann man einfach neben dem Tablett am Boden ablegen. Vor dem Essen wurde eine abnehmbare

und abwaschbare große Auflage auf die Sitzmatte gelegt, die nach dem Essen abgenommen und gereinigt wird – sehr praktisch. Die folgenden Mahlzeiten gestalten sich ähnlich. Auf dem großen Serviertablett bilden Reis oder Couscous das Bett, auf dem in der Mitte Gemüse, Fisch oder Fleisch liegen.

Da der Senegal ein muslimisches Land ist, wird kein Schwein verzehrt, dafür aber sehr gern Hähnchen, Rind und Schaf. Die meisten Tiere in Podor leben ein glückliches Leben, bevor sie im Kochtopf landen. Die Fische kommen aus dem Fluss Senegal, der durch Podor fließt. Ziegen und Schafe dürfen tagsüber frei herumlaufen und streunen in der Stadt herum. Abends kehren sie in ihr Zuhause zurück, erklären die Einheimischen.

Etwas gewöhnungsbedürftig für deutsche Besucher ist das Frühstück. Neben frischem Baguette, das der örtliche Bäcker gebacken hat, werden die Reste des Abendessens vom Vortag serviert. Kaffee wird wenig getrunken. Grüner Tee – sehr stark und süß – ist das Getränk der Wahl im Senegal.

Wenn Gäste aus Deutschland anreisen, finden sich viele Verwandte und Freunde zum Besuch ein. Wer zum Essen bleiben will, ist herzlich willkommen. Die großen Esstabletts sind immer reichlich gefüllt, und der Kreis drum herum rückt je nach Zahl der Gäste einfach enger zusammen. Natürlich steckt dabei im Hintergrund einiges an Logistik, erklärt die Gastgeberin. Ihre Schwester ist mit anderen Verwandten täglich mehrere Stunden damit beschäftigt, kiloweise Reis, Gemüse, Fisch oder Fleisch zu kochen. Doch davon bekommen die Gäste wenig mit, es wird aus praktischen Gründen in einem anderen Haus im Ort gekocht.

Der Unterschied zwischen touristischer Verpflegung und heimischer Küche wird beim Besuch eines Restaurants in der Hauptstadt Dakar sehr deutlich. Dort gibt es auch die traditionellen Gerichte wie Thiéboudienne zu bestellen, serviert werden sie aber für jeden Gast auf einem eigenen Teller.



**SABINE BALK**  
arbeitet freiberuflich für  
E+Z/D+C. Sie war privat zu  
Besuch im Senegal.  
euz.editor@dandc.eu

## IMPRESSUM

### E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

65. Jg. 2024

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu) ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30.01.2024 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

### ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen  
Friedrich-Ebert-Allee 40  
53113 Bonn  
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

### BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

### VERLAG:

Fazit Communication GmbH  
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

### ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1  
D-60486 Frankfurt am Main  
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

### REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Jörg Döbereiner (JD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media) Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)  
Tel. (0 69) 75 91-31 10  
euz.editor@dandc.eu  
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

### ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
D-82034 Deisenhofen  
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32  
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
fazit-com@cover-services.de

### DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
Kurhessenstraße 4–6  
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

### BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



## REGIONALE INTEGRATION

# Weshalb Sambia die AfCFTA braucht

**Außenhandel ist für die Wirtschaftsentwicklung eines Landes wichtig. Er schafft nachhaltigen Wohlstand, der sich in Arbeitsplätzen, Armutsreduzierung und höherem Lebensstandard niederschlägt. Folglich ist die panafrikanische Freihandelszone AfCFTA (African Continental Free Trade Area) für ein Land wie Sambia wichtig.**

Von Beulah N. Chombo

Sambia ist bei der Diversifizierung der Exportwirtschaft vorangekommen, hängt aber weiterhin von Kupferausfuhren ab. Der Volkswirtschaft geht es nur gut, wenn Kupfer auf dem Weltmarkt teuer ist, sie kann aber ins Stottern geraten, wenn der Preis fällt. Voriges Jahr sorgte das Abrutschen des Rohstoffpreises für Probleme. Weil er sich nicht voll erholt hat, ging das Finanzministerium im Herbst für 2023 nur noch mit einer jährlichen Wachstumsrate von 2,7 Prozent aus – nach 4,7 Prozent im Vorjahr.

Sambias Handel muss also weniger abhängig vom Bergbau werden. Auch andere Branchen – wie etwa verarbeitendes Gewerbe, Landwirtschaft, Informationstechnik, Energie und Tourismus – müssen für Deviseneinnahmen sorgen. Entsprechend muss die Wirtschaftspolitik gestaltet werden.

Dabei dürfte sich die AfCFTA als nützlich erweisen. Sie wird die größte Freihandelszone der Welt werden und die gesamte AU abdecken. Sie soll den Handel auf dem Kontinent beflügeln und mit dem Abbau von Barrieren Unternehmen ermutigen, ihrem eigenen Kontinent mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Eine besseres Investitionsklima wird dann die Industrialisierung beschleunigen. Zudem kann der große afrikanische Binnenmarkt dann die Entwicklung der Dienstleistungsbranchen wie der Finanzwirtschaft oder des Bildungswesens unterstützen.

Wichtig ist, dass stärkere innerafrikanische Handelsbeziehungen nicht nur für Großunternehmen gut sind. Sie verbessern

auch die Chancen von Mikro-, Klein- und mittleren Unternehmen, die sich in Lieferketten integrieren und dadurch Produktivität und Wertschöpfung stärken können. Außenhandel trägt auch zur Formalisierung des informellen Sektors bei, der praktisch keine Steuern zahlt, keine soziale Sicherheit bietet und Menschen massenhaft in Armut gefangen hält.

Sambias zähe Schuldenkrise macht zusätzliche Deviseneinnahmen besonders wichtig. Weil die Wirtschaft von Kupfer abhängt, sinkt der Kurs der nationalen Währung, wenn der Kupferpreis fällt. Folglich wird der Schuldendienst in ausländischen Währungen ausgerechnet dann teurer, wenn die Rohstoffeinnahmen sinken.

Leider können sich Auslandsschulden sogar dann als exzessiv erweisen, wenn der Kupferpreis steigt. Das war Ende 2020 der Fall, als Sambias Regierung zahlungsunfähig wurde. Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds über ein Rettungspaket erwiesen sich als sehr schwierig – unter anderem, weil China eine Umstrukturierung ablehnte. Erst im Sommer 2023 wurde ein Paket im Wert von 6,3 Milliarden

Dollar beschlossen. Es sieht nur sehr begrenzten Schuldenerlass vor und fordert strenge Haushaltsdisziplin. Sambia bekommt keinen Neustart, sondern muss, sobald die Wirtschaftslage es wieder erlaubt, den Schuldendienst wieder aufnehmen.

In dem Maße, wie die AfCFTA ihre Mitgliedsländer für ausländische Investoren attraktiver macht und das Wachstum antreibt, kann sie auch helfen, Sambias Schuldenprobleme zu lösen. Das Land hat das AfCFTA-Abkommen 2021 ratifiziert und setzt es nun um. Ökonomische Theorie und historische Erfahrung zeigen, dass vergleichsweise kleine Volkswirtschaften besonders von Freihandel profitieren. Laut Worldometer haben nur sieben von 55 AU-Mitgliedern mehr als 50 Millionen Einwohner\*innen. Da auch die Kaufkraft in Afrika vergleichsweise gering ist, sind die nationalen Märkte sehr klein.

Sambia gehört seit Langem sowohl zur SADC (Southern African Development Community) als auch zu COMESA (Common Market for Eastern and Southern Africa). Die überlappende Mitgliedschaft macht Dinge aber kompliziert. Erfreulicherweise baut die AfCFTA auf allen bestehenden afrikanischen Regionalorganisationen auf. Nicht nur Sambia, sondern alle Länder des Kontinents können von zusätzlicher Produktion für neue regionale Wertschöpfungsketten profitieren.



**BEAULAH N. CHOMBO** arbeitet als Ökonomin für die Zambia Development Agency. [beulahchombo27@gmail.com](mailto:beulahchombo27@gmail.com)



Die Schuldenlast ist zu schwer geworden: Präsident Hakainde Hichilema (dritter von rechts) besichtigt von China finanzierte Wasserinfrastruktur in der Provinz Lusaka im Juli 2022.



## KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

# Mit Vorsicht zu genießen

**Künstliche Intelligenz (KI) kann helfen, die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) in Afrika zu erreichen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass KI Ungleichheiten in ökologischen und sozio-ökonomischen Bereichen verschärft, nicht zuletzt durch Datenausbeutung.**

**Von Azza Mustafa Babikir Ahmed und Fabio Andrés Díaz Pabón**

Wir sollten KI weder als Heilsbringer noch als Unheil betrachten. Letztlich ist sie eine bestimmte Art von Technologie. Es sollte nicht überraschen, dass sie sich auch auf den Entwicklungssektor auswirkt. Dieser war schon früher mit technologischen Einflüssen konfrontiert und wird es auch in Zukunft sein.

Der Nutzen des technologischen Fortschritts, auch der KI, hängt davon ab, ob er zu Ausbeutung führt oder nicht. Staatliche und nichtstaatliche Institutionen müssen sich rasch über die potenziell schädlichen Auswirkungen solcher Technologien informieren und sicherstellen, dass letztere die Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes voranbringt.

Technologien beeinflussen gerechte Entwicklung nur dann positiv, wenn Institutionen ihre Rolle in der Gesellschaft wirksam fördern. Entscheidend ist dabei, wessen Interessen diese Institutionen dienen. Nicht zuletzt bedarf es deshalb einer Untersuchung unserer bestehenden institutionellen Fähigkeiten.

In Afrika werden Technologien wie KI als Weg hin zu nachhaltiger Entwicklung gepriesen. Das ist aber nur das Beste von vielen möglichen Szenarien. Entwicklung führt in der Regel zu unterschiedlichen Ergebnissen, die von verschiedenen Faktoren abhängen. Wir sollten uns deshalb fragen, was wir wirklich über KI in Afrika wissen.

KI wird sich in Afrika anders auswirken als in anderen Weltgegenden. Afrika ist mit Problemen wie Analphabetismus und begrenztem Internetzugang konfrontiert. Besonders wichtig ist deshalb, dass gerade benachteiligte Menschen vom technologischen Fortschritt profitieren können.

Entwicklung wird davon abhängen, wie sich Technologieeigentum, Regulierung und Vorteilsausgleich auf Lebensgrundlagen auswirken. Afrikanische Länder brauchen Gesetze, die Dateneigentum und -schutz regeln. Nur so können sie ihre Bevölkerung vor einer neuen Form der Ausbeutung schützen, bei der es nicht mehr um Bodenschätze, sondern um Daten geht.

KI hat zweifellos das Potenzial, Ungleichheit zu verringern, indem sie viele Prozesse verbessert: in der Landwirtschaft, der finanziellen Inklusion, im Zugang zu Bildung und Gesundheit, beim Schaffen neuer Arbeitsplätze, bei der Sprachübersetzung und Datenanalyse. Möglich wird dies aber nur mit ethischen Richtlinien sein, die auf Afrika zugeschnitten sind. Die ruandische Regierung sowie UNESCO gehen hier bereits mit gutem Beispiel voran.

Fortschritt in Wissenschaft und Technik, einschließlich der KI, führt nicht von allein zum Erreichen von Zielen. Die Verfügbarkeit von Impfstoffen während der Pandemie hat zum Beispiel gezeigt, wie Technologieeigentum, Patente und geistige Eigentumsrechte die Fähigkeit eines Landes beeinflussen, von wissenschaftlichen Errungenschaften zu profitieren. Der Mangel an und fehlender Zugang zu Impfstoffen für viele in Afrika sind eine Erinnerung daran, dass technologische und wissenschaftliche Errungenschaften in der Praxis oft nur den Reichen und Mächtigen vorenthalten sind.

Im Zweifelsfall führen solche Ungleichheiten dazu, dass afrikanische Regierungen in ihrem Bestreben, KI für ihre Entwicklungsvorstellungen zu nutzen, vom Wohlwollen reicher Unternehmen und Staaten abhängen.

Wir sollten nicht erwarten, dass Technologie die Arbeit von Regierungen und Gesellschaften übernimmt. Sie ist und bleibt ein Werkzeug. Staat und Gemeinschaft müssen entscheiden, welches Gesellschaftsmodell sie anstreben und welche Rolle Technologien hier zukommt. Nur dann können diese beitragen, Ursachen für Armut zu erkennen, Ungleichheit zu verringern und Barrieren in Einkommen, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur zu überwinden. Dazu müssen Gesellschaften aber nicht nur wissen, was sie mit KI erreichen wollen, sondern sie brauchen auch Regierungen, die die Vor- und Nachteile solcher Technologien verstehen.



**AZZA MUSTAFA BABIKIR AHMED**  
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin für nachhaltige Entwicklung und die African

2063 Agenda am Institute for Humanities in Africa (HUMA) der Universität Kapstadt.

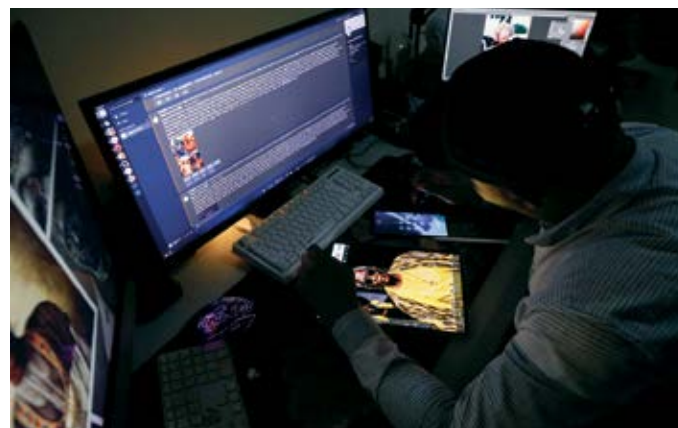
[azza.ahmed@uct.ac.za](mailto:azza.ahmed@uct.ac.za)



**FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN**  
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am African Centre of Excellence for Inequality Research (ACEIR) an der

Universität Kapstadt und beschäftigt sich mit nachhaltiger Entwicklung und der African 2063 Agenda.

[fabioandres.diazpabon@uct.ac.za](mailto:fabioandres.diazpabon@uct.ac.za)



Ein nigerianischer Künstler arbeitet mit KI.



„Dagegen“: Demonstration in Santiago de Chile am Tag des Verfassungsreferendums im Dezember 2023.

GOVERNANCE

## Zweimal „No“

**Die chilenische Bevölkerung hat auch den zweiten Vorschlag für eine neue Verfassung abgelehnt. Damit wächst die Kluft zwischen Gesellschaft und politischer Klasse weiter.**

Von Javier A. Cisterna Figueroa

Und was nun? Das ist die Frage, die die chilenische Bevölkerung nach dem Ergebnis der Volksabstimmung vom 17. Dezember 2023 umtreibt. In weniger als eineinhalb Jahren hat das südamerikanische Land zwei verschiedenen Vorschlägen für eine neue Verfassung per Referendum eine Absage erteilt. Bereits am 4. September 2022 war ein Vorschlag progressiver Kräfte mit 63 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden. Nun also auch jener der konservativen Rechten, gegen den 56 Prozent votierten.

Keine der beiden Optionen konnte die Hoffnungen der inzwischen müden Wählerschaft erfüllen. Sie fand in der Verfassungsdiskussion keine Antwort auf die sozialen Forderungen der Massendemonstrationen von 2019, des sogenannten chilenischen sozialen Aufbruchs („Estallido Social“).

Vier Jahre und zwei Volksabstimmungen später überwiegt der Eindruck eines unvollendeten Volksaufstands, einer losgelösten politischen Klasse und eines tiefen Bedauerns über die verpasste Chance. Nicht umsonst war einer der am häufigsten wiederholten Sätze unter Analyst\*innen und politischen Akteur\*innen nach Bekanntwerden der Ergebnisse, dass „hier niemand gewonnen hat“.

Die Entscheidungen der Bürger\*innen lassen sich damit erklären, dass Linke und Rechte ähnliche Fehler machten. Die Vorschläge beider Lager ähnelten Regierungsprogrammen, inklusive eines ausgeprägt ideologischen Wortlauts. Bei den Referenden neutralisierten sich dann die extremen Ränder; und die chilenische Wählerschaft, bekannt für ihren Pragmatismus und ihre Tendenz zur Mitte, reagierte so, wie es zu erwarten war (und wie es die Umfragen voraussagten): Angesichts der Ungewissheit entschied sie sich dafür, den Status quo zu stärken.

„Der Verfassungsprozess ist abgeschlossen“, kommentierte Chiles Präsident

Gabriel Boric das jüngste Referendum. Der 37-jährige Sozialdemokrat führt eine Koalition an, die die traditionelle linke Mitte und jüngere Gruppen vereint. Einst war Boric treibende Kraft hinter den Bestrebungen nach einer neuen Verfassung. Nun muss er versuchen, in den zwei verbleibenden Jahren seiner Amtszeit zumindest einen Teil des Regierungsprogramms voranzubringen.

Einfach dürfte das nicht werden. Die legislative Debatte hat der Exekutive nicht gerade genützt. Und sowohl in der Abgeordnetenversammlung als auch im Senat hält die Opposition die Mehrheit. Ein Wille zu größeren sozialen Veränderungen ist nicht erkennbar. Was die Steuerreform betrifft, so hat die Opposition erklärt, dass eine Erhöhung der Steuereinnahmen durch einen Wirtschaftsaufschwung erreicht werden solle – und nicht durch Steuererhöhungen, wie es die Regierung anstrebt. Auch in der Rentenpolitik fehlt ein Konsens.

### SICHERHEITSGEFÜHL NIMMT AB

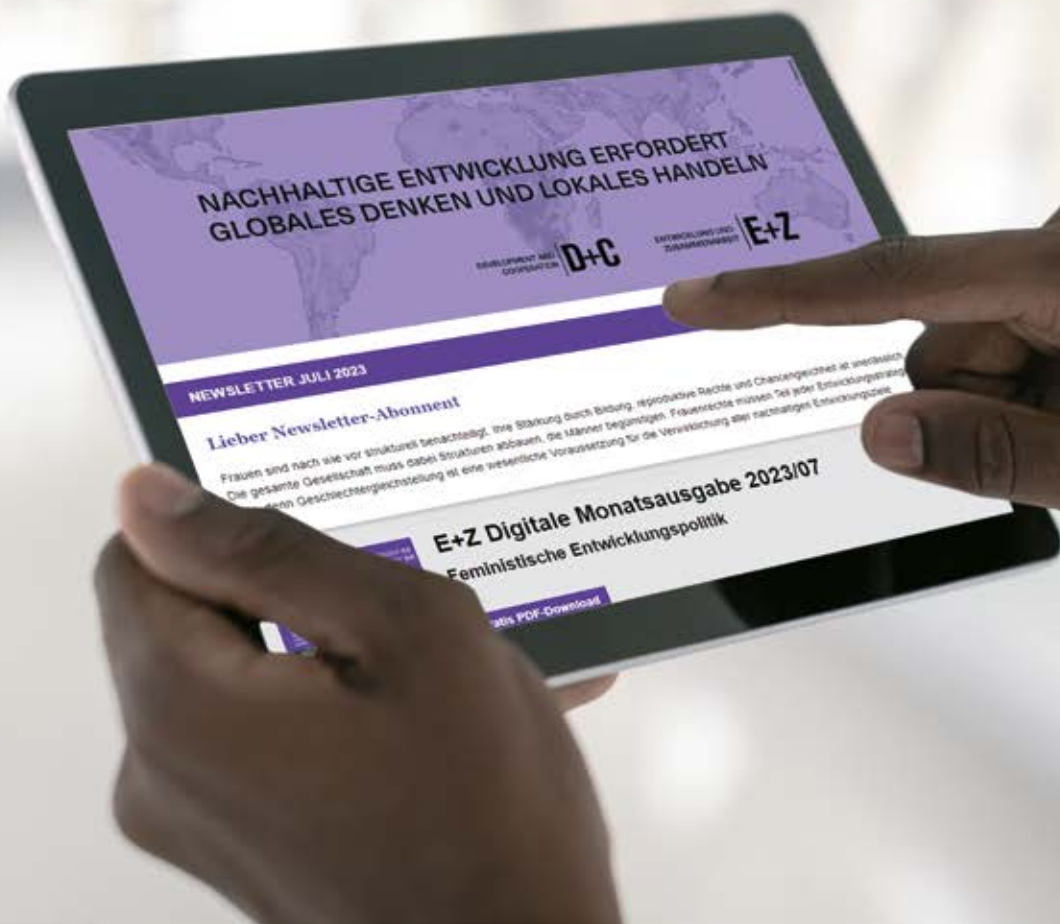
Die größten Sorgen der Chilen\*innen betreffen indes Sicherheit, Gesundheit und Wirtschaft, wie eine Umfrage des Thinktanks Centro de Estudios Públicos ergab. Im vergangenen Jahr ist das chilenische Bruttoinlandsprodukt nicht gewachsen – allerdings nahm das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung ab, unter anderem, weil sich internationale Banden in das lokale organisierte Verbrechen einmischten. Vor diesem Hintergrund wurde die Erklärung des Präsidenten als guter erster Schritt gewertet, dass er nicht auf einem dritten Verfassungsprozess bestehen, sondern sich voll und ganz auf Reformen und die Prioritäten der Bürger\*innen konzentrieren werde.

Wie es wirklich kommen wird, ist nicht gewiss. Sicher ist aber: Im Jahr 2024 wird die chilenische Bevölkerung erneut an die Wahlurnen treten – diesmal, um Bürgermeister\*innen und Regionalgouverneur\*innen zu wählen. Die nächste Präsidentschaftswahl steht dann Ende 2025 an. Währenddessen bleibt in Chile die aktuelle Verfassung, ein Erbe der Diktatur von Augusto Pinochet, weiter in Kraft.



**JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA**  
ist Journalist und lebt in Concepción, Chile.  
[cisternafigueroa@gmail.com](mailto:cisternafigueroa@gmail.com)

**Bleiben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu).**



Geflüchtete sehen sich auf der Mittelmeerinsel Lampedusa mit der italienischen Polizei konfrontiert.



Foto: picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Cecilia Fabiano

SCHWERPUNKT

## Migration

**Bildung für Mädchen in Kakuma, einem der weltweit größten Camps für Geflüchtete**

Von Alba Nakuwa (S. 21)

**Simbabweische Migrant\*innen sind in Südafrika mittlerweile unwillkommen**

Von Audrey Simango (S. 23)

**Menschenrechtsverletzungen an griechischer EU-Außengrenze**

Von Natascha Kittler (S. 25)

**Mexiko ist Ausgangspunkt, Ziel und Transitland zahlreicher Migrationsbewegungen**

Von Pamela Cruz (S. 27)

**Kluge Köpfe verlassen Bangladesch**

Von Ridwanul Hoque und Sharawat Shamin (S. 29)

**Migrantinnen sind auf den Arbeitsmärkten benachteiligt**

Von Purti Sadhwani und Sundus Saleemi (S. 31)

**Weltbank-Report fordert, Migration besser zu steuern**

Von Sabine Balk (S. 33)



Kinder lernen vor einem Klassenzimmer der Al-Nuur-Grundschule in Kakuma.

#### LEBEN IM FLÜCHTLINGSLAGER

## Bildung für geflüchtete Mädchen

Im kenianischen Kakuma fördert das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) die Schulbildung für südsudanesischen Mädchen und beseitigt so traditionelle Hürden. Dank dieser Bemühungen gehen mehr Mädchen zur Schule. Das Beispiel einiger junger Frauen belegt die transformative Kraft von Bildung – einige von ihnen studieren sogar im Ausland.

Von Alba Nakuwa

Bildung ist ein Grundrecht – aber nicht alle traditionellen Gemeinschaften respektieren es. Wo es nur wenige Schulen gibt, fällt das Recht auf Bildung oft unter den Tisch. Im Flüchtlingslager Kakuma in Kenia haben südsudanesischen Mädchen teils bessere Bildungschancen als in den ländlichen Regionen, aus denen sie vor dem Bürgerkrieg fliehen mussten.

Traditionell sahen südsudanesischen Frauen Bildung eher als Luxus denn als Privileg für sich und ihre Töchter. Sie wuchsen damit auf, keine eigene Meinung haben zu dürfen, und glaubten, nur zur Hausarbeit geeignet zu sein. Solche Konventionen ver-

hinderten, dass sie eine formale Ausbildung machten – und Karriere, wie die Männer.

In Kakuma ist das anders. Viele Mädchen wollen zur Schule gehen und ihr Leben zum Besseren wenden. Daten des UNHCR, der das Lager verwaltet, zeigen, dass 2015 dort nur zwei Prozent der Mädchen zur Schule gingen. Inzwischen sind es 30 Prozent. Dieser Anstieg ist beachtlich, aber es muss noch mehr geschehen.

Der UNHCR fördert Bildung für Mädchen mit Nachdruck, darunter auch Sport- und Musikangebote an Schulen. Dass in der Vergangenheit so wenige Mädchen zur Schule gingen, führte die Organisation zu einem auf die traditionelle Bevorzugung von Jungen durch die Eltern zurück, aber auch auf Teenagerschwangerschaften und frühe Heirat. Der UNHCR sorgt nun dafür, dass in Kakuma kein Mädchen aus solchen Gründen die Schule abbrechen muss. Es gibt Beratungsdienste an den Schulen, und Mädchen mit Babys bekommen Extrapausen, um zu Hause stillen zu können. Schwangere Mädchen und junge Mütter erhalten medizinische Versorgung. Diese kommt angesichts der vielen Bewohner\*innen des

Camps in Kakuma allerdings grundsätzlich zu kurz (siehe Box).

Der Ansatz des UNHCR ist besonders hilfreich für junge Mädchen, die im Lager ohne Unterstützung von Erwachsenen auf sich allein gestellt sind. Sie werden ermutigt, sich Ziele für ihre eigene Bildung zu setzen. An der Arbeit sind neben dem UNHCR auch Wohlfahrtsorganisationen beteiligt.

### GEMEINNÜTZIGE INTERNATSSCHULEN

Zwei Beispiele sind die Mädcheninternate Angelina Jolie Academy und Morneau Shepell Secondary School, betrieben von verschiedenen gemeinnützigen Organisationen. Sie bieten eine hochwertige Ausbildung inklusive Nachhilfestunden an Wochenenden und in den Ferien, damit alle Schülerinnen den Lehrplan bewältigen können und in der schulfreien Zeit beschäftigt sind. Viele der besten Schülerinnen erhalten Stipendien des kanadischen World University Services und können dann in Kanada weiterstudieren.

Sunday Keji etwa bekam diese Chance. Die Flüchtlingswaise hat die Morneau Shepell Secondary School abgeschlossen und studiert jetzt Krankenpflege in Vancouver. Sie will in ihr Heimatland, den Südsudan, zurückkehren und dort in der Ausbildung arbeiten.

Keji sagt, vielen Mädchen im Lager mangle es an Ansprechpersonen. Für sie selbst hätten Lehrkräfte eine entscheidende

Rolle dabei gespielt, sie zu ermutigen und zu motivieren.

Austin Baboya arbeitet für das International Rescue Committee (IRC) in Kakuma. Bis vor kurzem hätten es nur drei von zehn Mädchen bis zur Highschool geschafft, sagt er. Doch schrittweise verbessere sich die Situation: Immer mehr Mädchen gingen zur Schule und feierten Bildungserfolge. Sie verdienten Beifall, findet er.

Laut Baboya organisieren das IRC und andere Wohltätigkeitsorganisationen Semi-

nare und Mentorenprogramme, um Bildung für Mädchen zu fördern. Das Ziel: die immer noch hohe Zahl der Schulabbrecherinnen zu senken.

Ein wichtiges Thema ist auch Beschäftigung: Frauen brauchen Arbeit. Die UN hat dazu beigetragen, mit Konventionen zu brechen, die junge Mädchen glauben machten, allein der Mann sei für die Versorgung der Familie verantwortlich.

Für Baboya gelingt die Einbeziehung des weiblichen Geschlechts in die Arbeits-

welt durchaus: Die Mädchen in Kakuma interessierten sich zunehmend für Hochschulkurse und Berufsausbildungen, sagt er. Viele wollten sich qualifizieren, etwa als Friseurinnen, Schneiderinnen, Fotografinnen oder Elektrikerinnen.



**ALBA NAKUWA**

ist eine freie Journalistin aus dem Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

[albanakwa@gmail.com](mailto:albanakwa@gmail.com)

## Zu wenig für zu viele

Die Gesundheitsversorgung im kenianischen Flüchtlingslager Kakuma und im Umsiedlungsgebiet Kalobeyei ist seit Jahrzehnten ein Problem. Zu viele Menschen müssen sich zu wenige Ressourcen teilen.

Das Lager liegt in der kenianischen Wüste und ist eines der größten der Welt. Laut UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) lebten dort 2023 mindestens 270135 Geflüchtete. Die meisten kommen aus dem Südsudan, Somalia, Äthiopien und der Demokratischen Republik Kongo. Trotz Überbevölkerung bemühen sich der UNHCR und etliche zivilgesellschaftliche Organisationen unermüdlich um die medizinische Versorgung.

Der UNHCR richtete über die Jahre mehrere Gesundheitseinrichtungen ein, darunter kleinere Gesundheitszentren und zwei Krankenhäuser. Letztere werden vom International Rescue Committee (IRC) betrieben und bieten allen Geflüchteten mit legalen Dokumenten und Ausweisen kostenlos medizinische Hilfe jeglicher Art. Auch fungiert das Kakuma Mission Hospital, das die Gastgemeinde im Gebiet von Kakuma versorgt, als Überweisungs-

zentrum, wenn es Probleme bei der Bereitstellung angemessener medizinischer Hilfe gibt. Die Kosten dafür übernimmt meist der UNHCR.

Rose Namoi Wolde lebt und arbeitet im Lager als Laborantin im Hauptkrankenhaus. Die Südsudanerin ist froh, ihren Mitgeflüchteten so etwas zurückgeben zu können, inmitten aller Herausforderungen im Lager.

Laut Wolde bieten die Gesundheitseinrichtungen eine medizinische Grundversorgung – von der Behandlung häufiger und wiederkehrender Krankheiten bis zu Impfungen und Betreuung von Müttern. „Das Leben im Lager ist aber alles andere als einfach“, sagt Wolde. Manchmal sei es sogar schwierig, die Grundbedürfnisse der Patient\*innen wie Nahrung und Wasser zu befriedigen. Wegen der hohen Bevölkerungsdichte verbreiten sich Infektionskrankheiten wie Cholera und Tuberkulose schnell. Auch staubbedingte Augenprobleme sind ein Thema.

Die beiden großen Krankenhäuser versorgen vorrangig Kinder, da diese am stärksten von den Umständen im Lager betroffen seien, sagt

Wolde. Viele leiden an durch schlechte Ernährung verursachten Krankheiten, andere werden von ihren Eltern vernachlässigt. Viele Kinder im Lager sind blass und untergewichtig oder haben Kwashiorkor, eine Krankheit, die durch eine zu geringe Eiweißzufuhr verursacht wird. Zwar gibt es Ernährungsprogramme im Lager, aber sie reichen nicht für alle bedürftigen Kinder aus.

Die Ressourcen sind laut Wolde wegen der vielen Menschen überall sehr begrenzt. Geld ist knapp, und es fehlt oft an medizinischer Ausrüstung und gut ausgebildetem medizinischem Personal. Dennoch geben die Krankenhäuser medizinische Workshops, um Geflüchtete über Gesundheitsfragen und Sicherheitsmaßnahmen aufzuklären, die den Ausbruch von Krankheiten im Lager verhindern sollen.

Aber die Geflüchteten haben nicht nur körperliche

Krankheiten. Viele haben wegen der Kriege und Konflikte, vor denen sie geflohen sind, psychische Probleme wie Traumata oder posttraumatischen Stress. Und nicht nur die Konflikterfahrungen sind psychisch belastend: Oft wird übersehen, dass auch der abrupte Wechsel der vertrauten Umgebung und Kultur sowie die damit einhergehenden Anpassungsschwierigkeiten psychische Probleme bereiten können.

Lynaah Totome ist Beraterin beim Danish Refugee Council (DRC). Die Südsudanerin erklärt, dass der DRC Menschen unterstützt, die vor Konflikten, Gewalt und Verfolgung geflohen sind. Sie bieten Beratung und Unterstützung an und geben Geflüchteten eine Plattform, um über ihre traumatischen Erfahrungen zu sprechen. „Psychische Probleme werden oft auf Konflikterfahrungen zurückgeführt. Manchmal entstehen sie aber auch aus Frustration. Viele Menschen sind einfach erschöpft vom Lagerleben – den jahrelangen harten Bedingungen, der Isolation in der Wüste und der Überbelegung“, sagt Totome. Doch trotz des Bedarfs sind die psychosozialen Angebote begrenzt und nicht vollständig in das Gesundheitssystem des Lagers integriert. AN





Simbabwische Migrant\*innen warten am trockenen Flussbett des Limpopo, um nach Südafrika zu gelangen.

#### INNERAFRIKANISCHE MIGRATION

## Unwillkommen im Nachbarland

Südafrika hat mehrere Migrationswellen aus Simbabwe erlebt, die durch politische Umwälzungen und wirtschaftliche Abschwünge ausgelöst wurden. Nach der Apartheid waren Menschen aus Simbabwe vor allem im öffentlichen Sektor willkommen, wo qualifizierte Arbeitskräfte fehlten. Doch angesichts der eigenen wirtschaftlichen Probleme Südafrikas und einer zunehmend gebildeten Bevölkerung, die auf den Arbeitsmarkt drängt, werden sie in den letzten Jahren immer stärker angefeindet.

Von Audrey Simango

Als Robert Mugabes militante Regierung im Jahr 2000 begann, Farmen weißer Besitzer\*innen in Simbabwe entschädigungslos zu beschlagnahmen, löste dies Währungsverfall, Nahrungsmittelknappheit und Hyperinflation aus. Diese turbulente Zeit markierte den Beginn einer Massenmigration nach Südafrika, wobei qualifizierte Arbeitskräfte, insbesondere Lehrer\*innen,

zusätzlich von den Anwerbemöglichkeiten des Nachbarlandes angezogen wurden.

„Der Ansturm begann in den frühen 2000er-Jahren. Viele wollten unbedingt nach Südafrika, weil es dort lukrative Jobs gab. Zuerst gingen die Lehrer\*innen, dann Handwerker\*innen, dann Krankenpfleger\*innen“, erinnert sich Pious Soko, der 2007 nach Südafrika kam. Der Apotheker lebt in Johannesburg und hat jetzt eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung.

Aber die 2000er-Jahre waren nicht das erste Mal, dass Menschen aus Simbabwe in Scharen nach Südafrika gingen. „Als der koloniale Buschkrieg in Simbabwe – damals Rhodesien – 1980 endete, strömten Tausende weiße Simbabwer\*innen nach Kapstadt. Mugabe gewann die Wahlen, und sie wollten nicht von einem schwarzen Präsidenten regiert werden“, sagt Kudakwashe Magezi, ein simbabwischer Politologe. Das südafrikanische Apartheidregime musste jedoch erst fallen, bevor die eigentliche Massenmi-

gration schwarzer Simbabwer\*innen nach Südafrika begann.

Sulla Badza beschreibt ihre Ankunft in Südafrika im Jahr 2002 als „sanfte Landung“. Die aus Harare eingewanderte Physiklehrerin kam wegen der vielen verfügbaren High-School-Jobs. „Das Land schwelgte noch in der Euphorie der Post-Mandela-Ära. Aber die lokale schwarze Bevölkerung hatte kaum Universitätsabschlüsse, und Lehrkräfte waren so rar, dass sogar Englischlehrer\*innen manchmal Buchhaltung unterrichteten. Wir waren willkommen“, erinnert sie sich. „Der südafrikanische Rand war fast so wert wie der US-Dollar, die Strom- und Wasserversorgung war zuverlässig, und die Straßenlaternen wurden nicht von Schrottdieben gestohlen“, erzählt Badza.

Zwischen 2000 und 2005 erhielten Tausende Simbabwer\*innen eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung und in einigen Fällen auch die Staatsbürgerschaft. Gleichzeitig waren viele gefälschte Ausweise und Pässe im Umlauf, manchmal auch unter Beihilfe korrupter südafrikanischer Staatsbeamte\*innen.

### INFLATIONSBEDINGTE MIGRATION

Ab 2007 wurde Simbabwe von einer Hyperinflation historischen Ausmaßes getroffen,

„Mit den neuen Gesetzen begann ein Jahrzehnt intensiver Feindseligkeit gegen alle Teile der simbabwischen Bevölkerung, die bis heute anhält.“

und das, was von der funktionierenden Industrie des Landes übriggeblieben war, wurde zerstört. Im Jahr 2008 war der Simbabwe-Dollar praktisch wertlos, und man brauchte eine Schubkarre voll Geldscheine, um einen Laib Brot zu kaufen. Als 2008 Wahlen anstanden, schien es, als würde die Opposition die Regierungspartei, die das Land seit 1980 regiert hatte, ablösen. Die staatlich geförderte Gewalt gegen diese Opposition nahm erschreckende Ausmaße an. Damit begann die nächste Massenmigration nach Südafrika.

Doch die Wirtschaft Südafrikas war nicht mehr dieselbe. Jacob Zuma übernahm 2009 das Präsidentenamt, und die Korruption florierte im Land. Der Rand verlor gegenüber dem US-Dollar an Wert. Die Jugendarbeitslosigkeit schnellte in die Höhe.

Pedzisayi ist ein Migrant ohne Papiere, der in einem Township von Pretoria eine Mechanikerwerkstatt betreibt. Seinen Nachnamen möchte er nicht nennen. „Die Feindseligkeit gegenüber Migrant\*innen aus Simbabwe nahm ab 2008 zu. Wir spürten eine wachsende Wut – Diebstähle, Raubüberfälle, Vergewaltigungen und die Vermüllung der Straßen wurden uns angelastet“, erinnert sich Pedzisayi. „Wenn Bettler\*innen an der Ampel standen, wurden sie als Simbawer\*innen abgestempelt. Wurde in einen Supermarkt eingebrochen, beschuldigte man Simbawer\*innen. Vermieter\*innen wurden unter Druck gesetzt, keine Zimmer an Simbawer\*innen zu vermieten. Die Südafrikaner\*innen dachten, wir nähmen ihnen die Arbeitsplätze weg.“

Die erste Einwanderungswelle brachte Angestellte für Südafrikas Universitäten, Schulen, Regierungsbüros und Laboratorien. Nun kamen tausende gering qualifizierte Arbeitskräfte, oft ohne Papiere, die ihren Lebensunterhalt als Bergleute, Gemüse- und Hühnerverkäufer\*innen auf den Straßen Johannesburgs oder als Haushaltshilfen in überwiegend weißen Haushalten in

Kapstadt verdienten. „Die öffentliche Wahrnehmung war, dass diese gering qualifizierten Einwanderer arme Südafrikaner\*innen verdrängten und die Sozialdienste überlasteten“, sagt der simbabwische Wirtschaftswissenschaftler Carter Mavhiza.

## EIN JAHRZEHT DER FEINDESELIGKEIT

Flächendeckendes Internet kam zu dieser Zeit in Südafrika auf und schürte die Ressentiments gegen Migrant\*innen weiter, da sich der Hass auch online verbreitete. Im Mai 2008 ereigneten sich schließlich erschütternde Szenen, als ein Mob von Einheimischen aus Johannesburgs Alexandria Township begann, Migrant\*innen aus Simbabwe, Malawi und Mosambik zu attackieren.

Dutzende Migrant\*innen wurden in ihren Häusern aufgespürt, gelyncht, ausgeraubt und getötet. Die schlimmsten Szenen fremdenfeindlicher Gräueltaten waren die Bilder von Ernesto Nhamuave, einem Mosambikaner, der in Alexandria vor laufenden Fernsehkameras verbrannt wurde.

„Wir begannen, uns mit falschen, südafrikanisch klingenden Namen anzumelden, um nicht Gefahr zu laufen, als simbabwisch erkannt zu werden. Für Jobs im Restaurant übten wir, mit südafrikanischem Akzent zu sprechen“, berichtet Gadzi, eine simbabwische Gemüsehändlerin, die ihren Nachnamen nicht nennen möchte.

Die regierende südafrikanische Partei Afrikanischer Nationalkongress (ANC) verschärfte ab 2010 die Einwanderungsgesetze, und immer mehr simbabwische Akademiker\*innen und Lehrkräfte wurden entlassen, um Platz für schwarze Südafrikaner\*innen zu schaffen, die in großer Zahl die Universitäten verließen. Mit den neuen Gesetzen begann ein Jahrzehnt intensiver Feindseligkeit gegen alle Teile



der simbabwischen Bevölkerung, die bis heute anhält.

Nach südafrikanischem Recht haben Einwandernde mit oder ohne Papiere freien Zugang zu öffentlichen Krankenhäusern und Schulen. In der Realität jedoch ist die Feindseligkeit in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zu spüren. Sibongile Jongwe ist eine simbabwische Mutter von drei Kindern, die ihren Lebensunterhalt als Reinigungskraft in Sandton, Johannesburgs reichstem Vorort, verdient. Sie berichtet: „Mir wurde gesagt, ich müsse ein Bestechungsgeld von 4000 Rand (200 Dollar) zahlen, um einen Platz für die Geburt in einem öffentlichen Krankenhaus bekommen. Ein Dutzend anderer schwangerer Migrantinnen, die ich kenne, wurden aufgefordert, das Gleiche zu tun.“

## OPERATION „FORCE OUT“

In den letzten fünf Jahren sind in Südafrika neue politische Parteien auf den Plan getreten, die hoffen, dass sich Ressentiments gegenüber Einwanderern bei den Wahlen auszahlen könnten. Eine Schlüsselfigur ist Herman Mashaba, ein ehemaliger Bürgermeister von Johannesburg und jetzt Vorsitzender der Partei Action South Africa. Ihr Hauptziel ist die Abschiebung aller Ausländer ohne Papiere. Solche einwanderungsfeindlichen Parteien haben in allen südafrikanischen Provinzen ein großes Publikum gefunden. Die zunehmend verarmte Bevölkerung sieht in den Migrant\*innen eine Ursache für ihre Probleme. Einige fremdenfeindliche Gruppen haben sich zu Bewegungen wie der Operation Dudula (Operation „Force Out“) entwickelt, die sich sowohl gegen legale als auch illegale Migrant\*innen richtet.

Die Feindseligkeit geht inzwischen über die Generationengrenzen hinaus. Der Apotheker Pious Soko hat sie nach mehr als 15 Jahren in Südafrika erlebt: „Ein simbabwisches Kind, das in Südafrika geboren wurde und nie einen Fuß auf simbabwisches Gebiet gesetzt hat, bekommt jeden Tag in der Schule zu hören: Du bist nicht südafrikanisch.“



**AUDREY SIMANGO**  
ist freiberufliche Journalistin und arbeitet in Südafrika und Simbabwe.  
[thefoodradio@gmail.com](mailto:thefoodradio@gmail.com)





Blick vom Gemeinschaftszentrum Paréa Lesbos über Camp Mavrovouni in die Türkei.

#### MIGRATIONSRUTE MITTELMEER

## Das Leid auf Lesbos lindern

**Auf der griechischen Insel leben weiterhin tausende Geflüchtete unter widrigen Bedingungen. Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen wie Europe Cares unterstützen sie dort.**

Von Natascha Kittler

Wie es derzeit an Europas Grenzen im Mittelmeer zugeht, zeigt ein verwackeltes Handyvideo, veröffentlicht von der Nichtregierungsorganisation Aegean Boat Report: Menschen sitzen in einem Schlauchboot auf dem Wasser, die griechische Küste in Sichtweite. Ein Schiff unter griechischer Flagge nähert sich dem Boot, an der Reling vier Männer in dunkler Uniform und mit schwarzen Sturmmasken. Einer von ihnen schlägt mit einer langen Stange mit Haken nach dem Boot. Die Insassen schreien hysterisch. Dann bricht das Video ab.

Laut Aegean Boat Report (ABR) entstanden die Aufnahmen im November 2023

an der Nordküste der griechischen Insel Lesbos. Das Schlauchboot mit 23 Menschen an Bord, darunter Kinder, kam aus der nur wenige Kilometer entfernten Türkei und befand sich bereits tief in griechischen Gewässern, als die lokale Küstenwache auftauchte. Es folgte ein Pushback aus dem Lehrbuch: Zuerst zerstörte die Küstenwache den Motor mit dem Haken, dann brachte sie die hilflos treibenden Menschen zurück in türkische Gewässer und überließ sie ihrem Schicksal. Die Gruppe wurde gerettet, nachdem sie die internationale Notrufnummer 112 gewählt hatte.

Der Vorgang ist kein Einzelfall: Mehr als 900 Boote wurden 2023 auf diese oder ähnliche Weise illegal von der griechischen Küstenwache gestoppt, mehr als 25800 Menschen zurück in die Türkei gebracht, wie Aegean Boat Report berichtet.

Wer es nach Lesbos schafft, den erwartet die menschenunwürdige Realität des Geflüchtetenlagers Mavrovouni, des

Nachfolgers des 2020 abgebrannten Moria. Etwa 4000 Menschen leben dort auf engstem Raum und rund um die Uhr bewacht. Das Gelände ist mit Nato-Stacheldraht umzäunt, der Eingang streng kontrolliert. Das Camp liegt direkt am Meer und ist Wind und Wetter ausgeliefert. Die Behausungen sind unbeheizt, obwohl es in Griechenland im Winter Temperaturen um null Grad hat. Es mangelt an Sanitäreinrichtungen.

„Das Camp ist entmenschlichend“, sagt Silvia Lucibello. „Die Menschen werden wie Kriminelle behandelt.“ Die Italienerin war einige Zeit für eine zivilgesellschaftliche Organisation (NGO) im Camp tätig. Heute arbeitet sie als Koordinatorin in Paréa Lesbos, einem der letzten verbliebenen Gemeinschaftszentren auf der Insel. Es liegt fußläufig zum Camp auf einer Anhöhe. Zehn NGOs bieten Bewohner\*innen des Camps dort unter der Leitung der deutschen Organisation Europe Cares eine Alternative zu ihrem tristen Alltag.

In Paréa können die Besucher\*innen etwas essen, Kleidung waschen lassen, Englisch lernen und psychologische oder rechtliche Beratung erhalten. Es gibt einen Rückzugsort für Frauen, einen kleinen Gemüsegarten, verschiedene Sportangebote und Workshops. Die Wände der Gebäude sind in bunten Farben gestrichen. Über den Platz des Gemeinschaftszentrums schallt Musik. Nirgendwo sonst auf der Insel findet sich ein vergleichbarer Ort.

„Paréa ist das totale Gegenteil vom Camp“, betont Lucibello. „Im Camp fühlen sich die Menschen nicht gesehen und nicht willkommen. Wir wollen ihnen zeigen, dass bei weitem nicht jeder sie als Kriminelle abstempelt. Wir klären sie über ihre Rechte auf und geben ihnen einen Ort, wo sie sie selbst sein können mit ihren Interessen und Talenten.“

### DIE KRISE VERSCHÄRFT SICH

Im Sommer kamen außergewöhnlich viele Geflüchtete auf Lesbos an. Auch die Besucherzahlen in Paréa schossen in die Höhe, auf bis zu 700 Menschen pro Tag. „Im September haben wir die höchste Zahl an Ankünften auf der Insel seit Langem verzeichnet, mehr als 3000 Menschen“, sagt Lucibello. Insgesamt waren es laut ABR 2023 gut 13000 Geflüchtete, achtmal mehr als 2021.

Die Gründe dafür sind laut Lucibello vielfältig. Seit dem Ende der Covid-19-

Pandemie hätten sich wieder mehr Möglichkeiten für Flüchtende eröffnet. Zudem habe es zwischenzeitlich deutlich weniger Pushbacks gegeben, weil die internationale Aufmerksamkeit auf der griechischen Küstenwache lag, nachdem die New York Times im Mai Videos eines Pushbacks veröffentlicht hatte. Doch das verwackelte Video vom November zeigt, dass diese Praxis wieder aufgenommen wurde. Die Ankunfts zahlen sinken entsprechend.

Die Bilder und Zahlen erinnern an die Jahre 2015 und 2016. Damals stand Lesbos für das Chaos an Europas Grenzen. Das Camp Moria demonstrierte eindrücklich das Scheitern der europäischen Migrationspolitik. Zwar leben heute weniger Geflüchtete in Mavrovouni als damals in Moria. Doch die niedrigen Zahlen werden auf Kosten der Menschenrechte erreicht, die in der Europäischen Charta der Menschenrechte so feierlich versprochen werden. Illegale Pushbacks sind nur eins der Werkzeuge der

griechischen und europäischen Abschreckungspolitik.

Der öffentliche Aufschrei bleibt allerdings aus: Die Insel ist fast vollständig vom Radar verschwunden. Die Aufmerksamkeit der Medien hat sich verlagert, und Lesbos gehört nun zu den vielen vergessenen Krisenorten dieser Welt.

Für NGOs wie Europe Cares (EC) ist das ein Problem, denn in vielen Fällen folgen die Spendenströme der medialen Aufmerksamkeit. Bleiben die Spenden aus, gelangen die NGOs an ihre Grenzen. „Es ist ein ständiger Sprint, mittlerweile schon fast ein Marathon“, sagt Lennard Everwien, Co-Director von EC. „Wir hangeln uns von Monat zu Monat. Aber wir wollen diesen besonderen Ort der Gemeinschaft und der gelebten Solidarität unbedingt erhalten.“ Zwar ließe sich das Asylsystem nicht von jetzt auf gleich humanisieren. Aber es bestehe die Möglichkeit, den Alltag von Menschen auf der Flucht zu erleichtern.

In Paréa gibt es eine Pinnwand, an der Besucher\*innen bunte Zettel mit Nachrichten hinterlassen. Auf einem steht: „Ihr seid wie Sterne, die den ganzen Tag für uns leuchten! Wenn wir hierherkommen, freuen wir uns sehr. Euer Lachen ist so einladend. Eines Tages werden wir gehen, aber wir nehmen die besten Erinnerungen mit!“

Das ist es, was auch Silvia Lucibello antreibt. „Wir können nicht rückgängig machen, was die Menschen in ihren Heimatländern und auf ihrer Flucht erlebt haben“, sagt sie. „Aber wir können ihnen einen Safe Space geben, auch wenn es nur ein kleines Pflaster auf einer großen Wunde ist.“

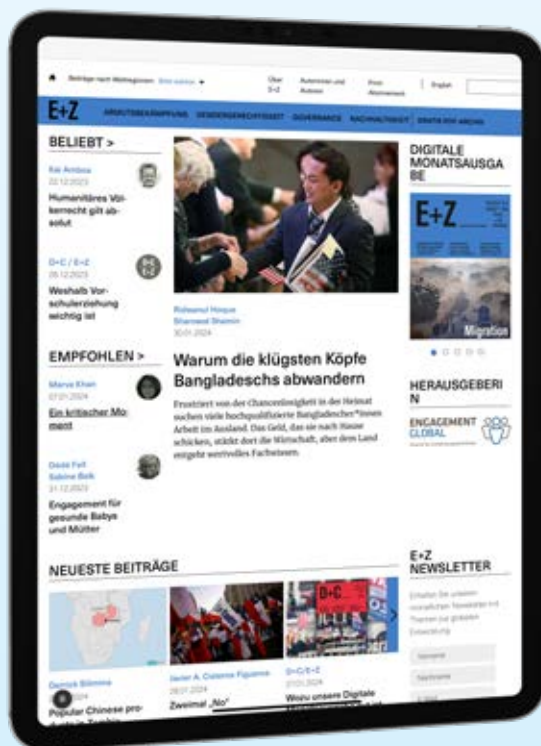


**NATASCHA KITTLER**  
arbeitet als Freiwillige im  
Bereich Kommunikation für  
Europe Cares.

[natascha.kittler@europecares.org](mailto:natascha.kittler@europecares.org)

**Auf unserer Website finden Sie Diskussionsbeiträge und Hintergrundinfos unseres internationalen Autorennetzwerks zu globaler Entwicklung und Zusammenarbeit.**

**www.dandc.eu**



MIGRATION IN LATEINAMERIKA

# Auf der Suche nach einem besseren Leben

**Die mexikanische Diaspora ist nach der indischen die zweitgrößte der Welt. Armut, zunehmende Kriminalität und geringe Aufstiegschancen bringen viele Mexikaner\*innen dazu, ihr Land zu verlassen. Gleichzeitig kommen immer mehr Menschen nach Mexiko, weil die Situation in ihren Ländern noch schlechter ist.**

Von Pamela Cruz

Schätzungsweise 38 Millionen Menschen mexikanischer Herkunft leben im Ausland; 98% davon in den USA. Nach Angaben des Pew Research Center und des U.S. Census Bureau gaben 61,5% (37,2 Millionen) der in den USA lebenden Hispanics an, mexikanischer Herkunft zu sein. Davon wurden etwa zwölf Millionen in Mexiko geboren, und 26 Millionen sind mexikanischer Herkunft in erster, zweiter oder weiterer Generation.

Neben der geografischen Nähe verbindet die USA und Mexiko eine weit zurückreichende Geschichte des Migrationsaustauschs. Einzelpersonen und Familien sind über die Landesgrenzen hinweg miteinander verwoben. Die meisten H-2A- und H-2B-Visa vergeben die USA an Mexikaner\*innen, hauptsächlich für befristete Arbeit in der Landwirtschaft und andere Dienstleistungen. 2022 erhielten außerdem 82,8% der mexikanischstämmigen Bevölkerung in den USA eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung durch familiäre Beziehungen. Sechs Prozent erlangten sie durch Beschäftigung.

Mexikanische Vertretungen schätzen, dass fast 400 000 Mexikaner\*innen in anderen Ländern als den USA leben, darunter Kanada, Spanien, Brasilien, das Vereinigte Königreich und Deutschland.

Laut dem Nationalen Institut für Statistik und Geografie (Instituto Nacional de Estadística y Geografía – INEGI) waren Auswanderungsgründe für Mexikaner\*innen 2020 Familienzusammenführung (36,5%), Suche nach Arbeit (16,4%), ein Jobangebot (12,4%), Heirat (9,2%), Studium (6,7%) sowie Kriminalität oder Gewalt (4%). Im

Durchschnitt sind die Migrant\*innen zwischen 18 und 29 Jahre alt, gefolgt von Personen zwischen 30 und 40 Jahren.

Ein Studium im Ausland ist der fünfthöchste Grund für Auswanderung – etwa, um besser ausgebildet oder von einer bestimmten Lehrkraft betreut zu werden.

## CHANCEN AUF DEM ARBEITSMARKT

Ein Auslandsstudium kann den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. Schätzungen der OECD zufolge steigt die Erwerbsfähigkeit mit dem Bildungsniveau und erreicht in Mexiko 81% nach dem ersten Studien- und 85% nach dem zweiten Studienabschluss. Außerdem zeigen Daten des mexikanischen Instituts für Wettbewerbsfähigkeit (IMCO), dass die Gehälter mexikanischer Hochschulabsolvent\*innen je nach Abschluss, Spezialisierung und Standort um 30 bis 70% steigen können. In den USA etwa verdient jemand mit Bachelorabschluss im Durchschnitt 8,5-mal mehr als in Mexiko.

Es überrascht daher nicht, dass die USA die erste Wahl für ein Auslandsstudium sind, wie das von Banco Bilbao Vizcaya Argentaria (BBVA) Research, der BBVA-Stif-

tung und dem Nationalen Bevölkerungsrat veröffentlichte Yearbook of Migration and Remittances 2023 zeigt. 2020 gingen 41,6% der mexikanischen Studierenden im Ausland in den USA zur Universität, gefolgt von Spanien (10,1%), Deutschland (9,9%), Kanada (7,9%), Frankreich (6,5%) und dem Vereinigten Königreich (5,4%). Die Daten zeigen auch, dass zwischen 2015 und 2020 rund 100 000 Mexikaner\*innen zu Bildungszwecken ins Ausland gingen.

2022 hat Deutschland die USA als wichtigstes Zielland für Masterstudiengänge abgelöst, während das Vereinigte Königreich bei Promotionen an erster Stelle steht. Das liegt neben Hochschulrankings unter anderem an den guten Chancen, Studien- und Arbeitsvisa, Praktika und Stipendien zu bekommen (siehe Kasten).

Zu Hause in Mexiko ist die Situation im Bildungssektor entmutigend. Im Jahr 2024 hat die Regierung das Budget für Wissenschaft, Technologie und Innovation gekürzt und die Investitionen in die Hochschulbildung um 14,6% verringert. Die Hochschullandschaft blickt unsicheren Zeiten entgegen. Nur wenige bekommen Stipendien für ein Auslandsstudium.

## STEIGENDE KRIMINALITÄTSRATE

Daneben vertreibt auch die Gewaltspirale, in der sich Mexiko befindet, viele Menschen. Die Zahl der Morde, Femizide und verschwundenen Personen steigt rapide an. Nach Angaben des Mexikanischen Instituts für Menschenrechte und Demokratie entfallen 50% der Vermissten auf die Bundesstaat-



Migrant\*innen Ende Dezember 2023 in Mexiko auf dem Weg in die USA.

ten Jalisco, Tamaulipas, Estado de México, Veracruz und Nuevo León. Die Bundesstaaten, in denen die meisten jungen Menschen von Verbrechen betroffen sind, sind Guanajuato, Chihuahua, Michoacán, Baja California und Jalisco.

Erschwerend kommt der Einfluss des organisierten Verbrechens hinzu. Junge Menschen werden Opfer von Zwangsarbeit oder selbst kriminell. Im Jahr 2021 schätzte eine Studie des Netzwerks für Kinderrechte (REDIM) und der Nationalen Zivilen Beobachtungsstelle für Sicherheit, Justiz und Rechtsstaatlichkeit, dass zwischen 145 000 und 250 000 Kinder und Jugendliche in Mexiko gefährdet sind, von kriminellen Grup-

pen rekrutiert zu werden. Es verwundert daher nicht, dass aktuell so viele Kinder und Jugendliche Mexiko verlassen wie seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr. Ihr Ziel sind in der Regel die USA und dort lebende Verwandte.

In der globalen Migrationslandschaft ist Mexiko mittlerweile jedoch nicht mehr nur Herkunftsland, sondern auch Transit- und Zielland. Es ist Teil des größten Migrationskorridors der Welt, den jeden Monat tausende Menschen auf ihrem Weg in die USA durchqueren.

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ist die Zahl der Einwanderer in Mexiko zwischen

2000 und 2020 um 123% gestiegen. In den letzten zehn Jahren hat vor allem die Zahl der Asylbewerbungen zugenommen. Die IOM schätzt, dass von 118 478 Anträgen im Jahr 2022 fünf von zehn von Menschen aus Honduras (26,2%), Kuba (15,3%) oder Haiti (14,4%) gestellt wurden.



**PAMELA CRUZ**

ist Special Project

Coordinator bei Comunalia,

einem Netzwerk von

Bürgerstiftungen in Mexiko,

und strategische Beraterin bei MY World Mexico.

[pamela.cruz@gmail.com](mailto:pamela.cruz@gmail.com)

## Eine privilegierte Migrationsgeschichte

Ins Ausland zu gehen ist eine Herausforderung. Der Anpassungsprozess und die Ängste, die mit diesem Schritt einhergehen, sind komplex und für jede Person und jede Lebenssituation einzigartig (siehe Haupttext). Es bedeutet, das Vertraute hinter sich zu lassen und sich einer neuen Welt zu stellen, die man kennenlernen und annehmen muss.

Manche migrieren aus einer privilegierten Position heraus, auf der Suche nach Abenteuern, Wissen, neuen Erfahrungen und um ihren Horizont zu erweitern. Das war auch bei mir der Fall. Da die USA nicht weit von Mexiko entfernt sind und meine Familie mich unterstützte, konnte ich in meinem letzten Jahr auf der weiterführenden Schule an einem Austauschprogramm in Florida teilnehmen. So verbesserte ich nicht nur mein Englisch, sondern erweiterte auch meinen Blick auf die Welt. Als Teenagerin hatte ich das Glück, eine andere Kultur in einem si-

cheren und fürsorglichen Umfeld kennenzulernen.

Auch deshalb setzte ich mir das Ziel, später ein Masterstudium im Ausland zu absolvieren. Zunächst erwog ich die USA und das Vereinigte Königreich, weil ich bereits Englisch sprach. Doch letztlich bewarb ich mich auf ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) für ein Studium in Deutschland. Freunde von mir studierten

bereits dort und ermutigten mich, es zu versuchen. Ich suchte nach finanzieller Unterstützung, Stipendien und akademischen Programmen, bewarb mich an der Ruhr-Universität Bochum und erhielt schließlich die Chance, vollfinanziert im Ausland zu studieren.

Mit vielen Schwierigkeiten inmitten der Unsicherheit, die die Covid-19-Pandemie mit sich brachte, zog ich im September 2020 nach Bochum, eine Stadt im Westen Deutschlands. Während des Lockdowns baute ich ein starkes Netzwerk in meiner Wohngemeinschaft und mit anderen Masterstu-

dierenden auf. Es war eine gute Idee der Universität, alle Studierenden im selben Gebäude unterzubringen: dem Papageienhaus. Die Tage verbrachten wir mit Fernunterricht via Zoom und gemeinsamen Mahlzeiten.

Als die Beschränkungen gelockert wurden, nutzte ich die Gelegenheit, Freunde in anderen Städten zu besuchen. Als ich Deutschland kennenlernte und erkundete, verliebte ich mich in das Land, seine Kultur und seine Menschen. Ich hatte von Anfang an nicht vor, zu bleiben, aber am Ende wird ein Teil von mir immer einen besonderen Bezug zu Deutschland haben. Einen Monat vor meinem Masterabschluss bekam ich einen Job in Mexiko. Die Entscheidung, nach Hause zurückzukehren, war nicht leicht, aber sie war richtig.

Trotz der Herausforderungen weiß ich, dass meine Auslandserfahrungen und die Rückkehr in mein Heimatland sehr privilegiert waren. Dafür bin ich dankbar. Aber ich denke immer wieder, dass viele nicht das gleiche Glück haben wie ich. Ich wünschte, mehr Menschen auf der ganzen Welt hätten die gleichen Chancen. PC



Die Autorin bei der Abschlussfeier in Bochum mit lateinamerikanischen Kommiliton\*innen im Februar 2022.

BRAIN DRAIN

# Warum Bangladesch seine klügsten Köpfe verliert

**Frustriert von der Chancenlosigkeit in der Heimat suchen viele hochqualifizierte Bangladescher\*innen Arbeit im Ausland. Das Geld, das sie nach Hause schicken, stärkt dort die Wirtschaft, aber dem Land entgeht wertvolles Fachwissen.**

Von Ridwanul Hoque und Sharawat Shamin

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Migration aus Bangladesch verändert. Während Bangladescher\*innen früher vor allem in den Nahen Osten oder andere reiche asiatische Länder auswanderten, zieht es sie heute auch in den Westen. Meist sind sie ungelernert oder kaum qualifiziert, aber auch immer mehr Fachkräfte verlassen das Land.

Die erste Welle von Braindrain begann 1982, nach dem zweiten Militärputsch in Bangladesch seit der Unabhängigkeit 1971. Mit dem Verlust politischer und akademischer Freiheit wanderten Qualifizierte und Hochschulabsolvent\*innen ab. Dieser Trend ist zurück, auch aufgrund der politischen Instabilität seit 2014.

Auch andere Faktoren tragen zur Abwanderung von Akademiker\*innen und Fachkräften aus Bangladesch bei,

etwa die hohe Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolvent\*innen, die 2022 bei 12 Prozent lag – im Vergleich zur landesweiten Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent –, und die allgemeine Chancenlosigkeit hochqualifizierter Arbeitnehmer\*innen.

In der Not treten viele Uni-Abgänger\*innen schlecht bezahlte Stellen im öffentlichen Dienst an, wo sie sich unterbewertet fühlen. Aktuelle Studien belegen gleichwohl, dass der öffentliche Dienst in Bangladesch die lukrativsten und sichersten Jobs bietet. Dort werden jedes Jahr tausende Bewerber\*innen eingestellt, allerdings erst nach schwierigen Aufnahmeprüfungen.

Dem Privatsektor dagegen fehlt es an strenger Überwachung und Regulierung. Die Beschäftigungsdauer, Rentenbezüge und andere Leistungen für Arbeitnehmer\*innen sind dort nicht sicher. Auch dies ist ein Grund, weshalb hochqualifizierte Hochschulabsolvent\*innen das Land verlassen. Viele erhalten im Ausland eine exzellente Ausbildung in der Forschung und entsprechende Abschlüsse. Deshalb – und wegen mangelnder Chancen in der Heimat – lassen sich viele dauerhaft dort nieder (siehe Kasten).

Zu weiteren Gründen für Auswanderung zählen:

1. Ein unzureichendes soziales Sicherheitsnetz inklusive Sozialversicherungsleistungen: Bis vor Kurzem konnten Beschäftigte in der Privatwirtschaft beispielsweise nicht mit einer Rente rechnen. Viele Hochqualifizierte können anderswo zu besseren Bedingungen arbeiten.

2. Ein drastischer Verfall der Demokratie: Politische Instabilität, Demokratieverlust und Angriffe auf die Meinungsfreiheit haben in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen. Zwischen 2013 und 2015 wurden progressive Jugendliche und freiheitlich Gesonnene von religiösen Extremist\*innen verfolgt und ermordet. Da der Staat dabei versagt hat, Gerechtigkeit walten zu lassen, stieg die Zahl derer, die in liberale Demokratien auswanderten.

3. Genderspezifische Gewalt: Belästigung im öffentlichen Raum und sexueller Missbrauch von Frauen nehmen zu. Auch religiös-gesellschaftliche Abwertung inklusive Sittenpolizei ist weit verbreitet. Da immer mehr Frauen hohe Bildungsabschlüsse haben und finanziell unabhängig sind, wandern viele aus – mit ihren Familien, aber auch ohne sie.

4. Umweltverschmutzung: Jobs gibt es fast nur in den überbevölkerten Städten Dhaka und Chattogram. Infrastrukturausbau, Kraftstoffe aus dem Verkehr, schwere Industrieabfälle und schlechtes Umweltmanagement tragen zu Luft-, Wasser- und Lärmbelastung ebenso bei wie zum Verlust von Biodiversität. Das beeinträchtigt das Leben der Menschen in den Städten massiv.

## ARBEITSKRÄFTE AUS INDIEN

Trotz solcher Probleme ist die Wirtschaft Bangladeschs enorm gewachsen – sogar während der Corona-Pandemie, was auch externe Beobachter\*innen beeindruckt. Das BIP des Landes stieg im letzten Quartal 2022 um 7,25 Prozent.

Die imposanten Zahlen Bangladeschs in diversen Entwicklungsindizes spiegeln aber nicht die sozialen, kulturellen und politischen Ungleichheiten und Unsicherheiten wider. Das laufende Entwicklungsprogramm ist oberflächlich und schafft es nicht, qualifizierte Arbeitskräfte zu halten. Die Regierung scheint nicht willens oder nicht fähig zu sein, Talente im Land zu halten. Stattdessen werden oft internationale



**Bangladescher bei einer Einbürgerungszeremonie 2018 in Oklahoma.**

Berater\*innen für große Entwicklungsprojekte eingestellt – die sehr gut verdienen. Während gebildete Bangladescher\*innen emigrieren, kommen qualifizierte Arbeitskräfte, insbesondere aus Indien, nach Bangladesch, um dort zu arbeiten.

Verschiedene Regierungen haben den Braindrain nicht ernst genommen. Offenbar genügte es, dass die Ausgewanderten Geld in ihre Heimat schicken. Weltbankprognosen zufolge wird Bangladesch 2023 das weltweit siebtgrößte Empfängerland von Transferzahlungen gewesen sein, mit einem Anteil von 5,2 Prozent am BIP. Die Überweisungen sind somit eine wichtige Stütze der Wirtschaft – auch wenn die Arbeitnehmer\*innen im Ausland dafür oft ausgebeutet werden.

Früher kamen die Überweisungen meist aus arabischen Ländern, in denen Millionen bangladeschischer Arbeitsmigrant\*innen leben. Im Finanzjahr 2022/2023 aber lagen die Migrant\*innen in den USA vorn. Ein Teil dieser Gelder könn-

„Verschiedene Regierungen haben den Braindrain nicht ernst genommen. Offenbar genügte es, dass die Ausgewanderten Geld in ihre Heimat schicken.“

te von Geschäftsleuten, Bürokrat\*innen und Politiker\*innen in den USA gewaschen worden sein, so die Sorge. Zudem verzeichnete Bangladesch 2023 ein noch nie da gewesenes Defizit an Devisenreserven, weshalb die Regierung Bargeldanreize für Auslandsüberweisungen erhöhte. Womöglich kamen auch deshalb mehr Überweisungen aus den USA.

Fakt ist, dass gebildete Migrant\*innen aus Bangladesch erhebliche Summen überweisen. Möglicherweise hemmt dies die Bemühungen im Land, kluge Köpfe zu halten. Je mehr Humankapital ins Ausland geht,

desto mehr fehlt es im Inland. Angesichts von Globalisierung, Ungleichheit und Unsicherheit ist das Abwandern von Fachkräften aus Bangladesch nicht zu verhindern. Gleichwohl: Für nachhaltige Entwicklung und einen dauerhaft verbesserten Lebensstandard braucht die Regierung ein klares Konzept, wie möglichst viele qualifizierte Menschen im Land gehalten werden können.



**RIDWANUL HOQUE**  
war Jura-Professor an der  
Universität Dhaka.

*ridwandulaw@gmail.com*



**SHAROWAT SHAMIN**  
ist Assistenzprofessorin für  
Recht an der Universität  
Dhaka und Doktorandin an  
der SOAS University of

London.

*sharawat@du.ac.bd*

## Erst studieren, dann bleiben

Im Studienjahr 2022/23 studierten mehr als 13 000 Bangladescher\*innen an US-Universitäten. Das ist laut der US-Botschaft in Bangladesch ein Anstieg um 300 Prozent verglichen mit 2011/12. Auch das Vereinigte Königreich, Kanada, Malaysia und Deutschland zählten 2021 laut UNESCO zu den wichtigsten Zielländern für Studierende aus Bangladesch. Viele Studierende bleiben in ihren Gastländern, sei es wegen der Defizite der öf-

fentlichen und privaten Unis in Bangladesch, des schwierigen Arbeitsmarkts oder weil das Ausland ihnen bessere Perspektiven bietet.

Bis zur Sekundarstufe II (Klassen 11 und 12) ist das Bildungssystem in Bangladesch aufgeteilt in vier verschiedene Curricula: national, international (englischsprachige), religiös (Madrasah) und berufsbildend. Studierende an staatlichen Hochschulen kommen meist aus dem nationalen oder religiösen Curriculum. In Bangladesch gibt es mehr als 53 öffentliche Unis und 37 öffentliche medizinische Hochschulen, für die der Staat die Gebühren übernimmt. Sie können jedes Jahr etwa eine Million Studierende aufnehmen – also mehr als die Zahl der Schüler\*innen, die jährlich die Sekundarstufe II abschließen.

Von den mehr als 100 privaten Universitäten haben nur wenige einen guten Ruf. Die Gebühren sind hoch, und in die besten gelangen vor allem Absolvent\*innen von englischsprachigen Schulen. Viele dieser Studierenden sind relativ wohlhabend und reisen gern ins Ausland.

Gründe, warum Studierende abwandern, sind unter anderem:

1. Schlechte tertiäre Bildung im eigenen Land: Bangladeschs Universitäten schneiden in weltweiten Rankings schlecht ab. Die öffentlichen Unis waren zudem in der Vergangenheit oft überfüllt, und in der Lehre fehlte Fachpersonal. Auch die Vermittlung von Fähigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich gefragt sind, könnte besser funktionieren.

2. Mangelnde Chancen auf dem heimischen Arbeitsmarkt (siehe Haupttext): Hochschulabsolvent\*innen sehen sich mit einem Mangel an

Forschungsperspektiven und Karrierechancen konfrontiert, zudem mit schlechter Bezahlung und wenigen sonstigen Leistungen. Die meisten Gebildeten streben im Ausland ein Postgraduiertenstudium an, darunter Ingenieur\*innen, Ärzt\*innen und andere Hochqualifizierte.

3. Die wachsende Mittelschicht in Bangladesch: Sie kann erhebliche Summen für die Hochschulbildung im Ausland ausgeben. Viele nutzen jede Gelegenheit, sich im globalen Norden niederzulassen, sei es über ein Hochschulstudium oder ein Fachkräfte-Visum. Nach dem Studium im Ausland kehren manche Studierende in ihre Heimat zurück, wandern dann aber doch wieder aus, um ihren Familien eine bessere Zukunft zu bieten. Einige kommen gar nicht erst zurück. In beiden Fällen verliert Bangladesch einige seiner brillantesten Köpfe – und auch das, was es in diese Menschen investiert hat. RH, SS



# Bessere Jobs für Migrantinnen

**Migration kann für Frauen eine emanzipierende Erfahrung sein, ist aber auch mit enormen Härten verbunden. Migrantinnen sind seltener erwerbstätig als Migranten oder einheimische Frauen, sie verdienen weniger und sind oft überqualifiziert. Politische Maßnahmen sind nötig, um ihre Chancen zu verbessern.**

Von **Purti Sadhwani** und **Sundus Saleemi**

Die Kluft zwischen erwerbstätigen Männern und Frauen ist weltweit groß. Blickt man auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen – den Anteil von Frauen ab 15 Jahren, die wirtschaftlich aktiv sind – so zeigt sich: Selbst in Ländern, in denen dieser Wert hoch ist, finden sich meist mehr Männer auf dem Arbeitsmarkt als Frauen. In Deutschland etwa lag die Rate 2022 laut Gender Data Portal der Weltbank bei 56,4 Prozent für Frauen und bei 66,9 Prozent für Männer. Außerdem existieren weiterhin deutliche geschlechtsspezifische Lohngefälle: Frauen verdienen auf der ganzen Welt bei gleicher Qualifikation und Erfahrung weniger als Männer.

Die Forschung zeigt: Nicht nur das Geschlecht entscheidet über Jobs und damit verbundene Vorteile, sondern beispielsweise auch Rasse, Religion, ethnische Zugehörigkeit

und sexuelle Orientierung. Solche Faktoren stehen in komplexer Wechselwirkung mit dem Geschlecht und wirken sich auf die Position auf dem Arbeitsmarkt aus. Für Frauen weltweit beeinflusst die Tatsache, migriert zu sein, erheblich ihr Standing auf den Arbeitsmärkten der Aufnahmestaaten.

Die UN definieren Migrant\*innen als Menschen, die seit mehr als drei Monaten in einem fremden Land leben. Im Jahr 2020 waren das zu 48 Prozent Frauen, und sie migrieren seit einigen Jahrzehnten zunehmend nicht mehr zur Familienzusammenführung, sondern aus beruflichen Gründen.

Wenn Frauen aus Ländern mit konservativen Geschlechternormen, begrenzten Jobmöglichkeiten und niedrigen Löhnen auswandern, kann ihnen das Zugang zu Beschäftigung bieten und sie unabhängiger machen. Daten zu Jobs und Löhnen von Migrantinnen deuten aber darauf hin, dass sie in den Aufnahmeländern vor großen Herausforderungen stehen und gegenüber zugewanderten Männern und einheimischen Frauen benachteiligt sind.

Generell haben Frauen im Vergleich zu Männern eine geringere Wahrscheinlichkeit, beschäftigt zu sein. Aber zwischen Frauen und Männern, die migriert sind, ist

diese Kluft besonders groß, berichtet der 6. Migration Observatory Report „Immigrant Integration in Europe“, finanziert von der Fondazione Compagnia di San Paolo. In Europa ist das Geschlechtergefälle bei der Beschäftigung der einheimischen Bevölkerung zwischen 2005 und 2020 von 16 auf 11 Prozentpunkte gesunken. Dagegen liegt es bei Zuwanderern seit einem Jahrzehnt konstant bei etwa 18 Prozentpunkten. Für Frauen mit Migrationsgeschichte gilt, dass sie zu 19 Prozent weniger wahrscheinlich erwerbstätig sind als einheimische Frauen. Bei Männern sind es sieben Prozent.

Migrantinnen verdienen außerdem deutlich weniger als Migranten und einheimische Frauen. In Europa liegen 49 Prozent der Migrantinnen in den drei untersten Einkommensdezilen. Die meisten haben eher einfache Berufe, etwa in der Reinigungsbranche (siehe Kasten).

Einkommensschere zwischen Männern und Frauen mit Migrationshintergrund existieren auch innerhalb derselben Berufe. Mit individuellen Merkmalen wie Bildung, Fähigkeiten und Erfahrung lässt sich dies nur teilweise erklären. Laut dem Migration Observatory Report gibt es für ein Drittel dieser Differenzen noch keine Erklärung – ein Anzeichen für eine spezifische Benachteiligung von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt.

Im Ausland geborene Frauen sind zudem häufiger überqualifiziert als Männer, wobei hochqualifizierte Jobs meist Männern vorbehalten sind. Studien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO – International Labour Organization) legen nahe, dass Männer in Branchen wie dem Ingenieurwesen oder Informations- und Kommunikationstechnologien überrepräsentiert sind.

Es ist nachgewiesen, dass Migration den Karrieren qualifizierter Migrantinnen auch schaden kann – etwa, wenn sie nur in fachfremden Branchen Jobs finden. Zu den Gründen für beruflichen Abstieg zählen:

- fehlende Anerkennung ausländischer Zeugnisse,
- fehlende Berufserfahrung im Aufnahmeland,
- geschlechtsspezifische soziale Verpflichtungen,
- fehlende soziale Unterstützung und
- zeitaufwendige Wiedereingliederungsmaßnahmen.

Migration birgt für Frauen Chancen und Gefahren. Durch mehr Verständnis



**Aus dem Kongo geflohene Frau in Pretoria, Südafrika.**

für das Zusammenspiel von Geschlecht und Migration könnten Programme und Maßnahmen ausgearbeitet werden, die Migrantinnen nutzen und ihre Kosten senken. Die Regierungen der Aufnahmeländer könnten einiges dafür tun, dass sich die Arbeitsbedingungen für Migrantinnen verbessern.

Insbesondere gilt es, regelmäßig Daten zu weniger sichtbaren Branchen wie Pflege, Landwirtschaft, Sexarbeit und Unterhaltungsindustrie zu erheben und zu veröffentlichen. Regierungen können auch Berichte über den Status von Migrantinnen in diesen Bereichen in Auftrag geben,

um die Relevanz politischer Maßnahmen sicherzustellen. Nicht zuletzt müssen alle Migrant\*innen – besonders Frauen – Zugang zu Arbeitsvermittlung und staatlichen Programmen zur Unterstützung erhalten. Es braucht dringend mehr Transparenz und weniger Bürokratie, um optimale Ergebnisse zu erzielen – sowohl für die Migrant\*innen wie auch für die Aufnahmeländer, die oft zusätzliche Arbeitskräfte benötigen.

#### LINK

**World Bank Gender Data Portal:**

<https://genderdata.worldbank.org/indicators/sl-tlf-acti-zs/?gender=gender-gap>



#### PURTI SADHWANI

studiert Wirtschaft an der Universität Bonn und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Wirtschafts-

wissenschaften und am Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn.

[purtisadhwani92@gmail.com](mailto:purtisadhwani92@gmail.com)



#### SUNDUS SALEEMI

ist Senior Researcher am Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn.

[sundus.saleemi@gmail.com](mailto:sundus.saleemi@gmail.com)

## Schlechte Arbeitsbedingungen

Migrantinnen nehmen oft minderqualifizierte Stellen im Dienstleistungssektor und in der Landwirtschaft an. Das gilt beispielsweise für Frauen aus Süd- und Südostasien, die in die Golfstaaten oder in ostasiatische Länder migriert sind. Saisonarbeiter\*innen aus Osteuropa und Nordafrika arbeiten in der Landwirtschaft in West- und Südeuropa. Zudem sind Hausangestellte und Pflegekräfte gefragt, insbesondere in einkommensstarken Ländern mit alternder Bevölkerung

oder steigender Erwerbsbeteiligung von Frauen, aber auch in Staaten mit rasch steigendem Pro-Kopf-Einkommen.

Laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO – International Labour Organization) machen Frauen rund 73 Prozent aller zugewanderten Hausangestellten aus. Von diesen etwa 8,5 Millionen Frauen leben 24 Prozent in Südostasien und dem Pazifikraum, 22 Prozent in Nord-, Süd- und Westeuropa und 19 Prozent in den arabischen Staaten.

Die Arbeitsbedingungen in den genannten Berufen sind oft schlecht. In einigen asiatischen Ländern dürfen ausländische Haushaltshilfen oft erst zwei Jahre nach Unterzeichnung eines Arbeitsvertrags den Job wechseln. Manche migrantischen Arbeiterinnen dürfen keine Einheimischen heiraten und nicht schwanger werden. Bei Hausmädchen ist die Aufenthaltserlaubnis oft an die Beschäftigung gebunden. Verlassen sie ihren Arbeitgeber, können sie abgeschoben werden.

Frauen ohne Papiere laufen noch größere Gefahr, ausgebeutet zu werden. Da es ihnen an formalen Regelungen und Persönlichkeitsrechten fehlt, können sie sich gegen Missbrauch kaum wehren. Sie können in gefährliche Abhängigkeiten von den Familien geraten, die sie beschäftigen. Ein Bericht für das Europäische Parlament von 2018 über Arbeitsmigrantinnen in der EU etwa zeigte Fälle von schwerem Missbrauch und Ausbeutung auf.

Laut dem Global Network of Sex Work Projects (NSWP), einer zivilgesellschaftlichen Organisation, machen Migrantinnen einen erheblichen Teil

der Sexarbeiterinnen weltweit aus. Frauenhandel in der Sexindustrie findet weitgehend undokumentiert statt, und Sexarbeit wird bisweilen unter dem Deckmantel der Unterhaltungsindustrie versteckt. Legal einreisende Frauen können als Kabarettistinnen, Tänzerinnen, Musikerinnen oder Masseurinnen ausgewiesen werden. Vielen von ihnen werden Jobs in Clubs und Freizeiteinrichtungen versprochen, doch kaum im Land, werden sie zur Prostitution gezwungen.

Für illegal Eingereiste kann jeder Versuch, sich der Prostitution zu entziehen, zur Abschiebung führen. Laut NSWP berichten viele Sexarbeiterinnen von negativen Erfahrungen mit Justiz und Strafverfolgung, besonders mit der Polizei. Die Kombination aus Kriminalisierung von Sexarbeit und gleichzeitiger Verfolgung von Migrant\*innen ist vor allem für eingewanderte Frauen ohne Papiere schwierig. PS, SUS

#### LINK

**Global Network of Sex Work Projects (NSWP), 2022: Briefing paper: Migration and sex work.**  
<https://www.nswp.org/resource/nswp-briefing-papers/briefing-paper-migration-and-sex-work>



Migrantin auf einer Demonstration am Tag der Arbeit in Beirut, Libanon.



WELTBANK-STUDIE

# „Migration kann Wohlstand steigern“

**Migration hat sich als starke Entwicklungskraft erwiesen. Sie hat das Leben von Millionen Migrant\*innen verbessert – und auch die Gesellschaften, in denen sie leben. Zu dieser Einschätzung gelangt die Weltbank in ihrem diesjährigen Weltentwicklungsreport. Der Bericht gibt der Politik Lösungsansätze zur Steuerung der weltweiten Migration an die Hand.**

Von Sabine Balk

Etwa 2,3 Prozent der Weltbevölkerung leben laut Weltbank außerhalb des eigenen Heimatlandes. Das sind 184 Millionen Menschen, darunter 37 Millionen Geflüchtete. Die Gründe für grenzüberschreitende Bewegungen sind vielfältig. Meist seien es fehlende Einkommensmöglichkeiten, Konflikte oder andere Formen von Gewalt, so die Weltbank. Ein Faktor, der alle Treiber für Mobilität verschärfe, sei der Klimawandel.

Die Migrationslandschaft verändere sich signifikant, stellt der Report fest. Alle Länder würden, unabhängig von ihrem Einkommensniveau, Migration zunehmend als notwendig erachten. Denn die Bevölkerungen alterten schnell, es entstehe ein globaler Wettbewerb um Arbeitskräfte und Talente.

Die Weltbank-Autor\*innen plädieren dafür, alle Migrationsströme so zu steuern, dass sie möglichst viel Entwicklungsnutzen haben. „Die derzeitigen Ansätze lassen oft sowohl Migrierende als auch Einheimische im Stich. Sie führen zu großen Ineffizienzen und verpassten Chancen, sowohl in Ziel- als auch Herkunftsländern“, so die Einschätzung der Expert\*innen. Das führe derzeit zu viel menschlichem Leid, denn in vielen Ländern gebe es migrantenfeindliche Strömungen.

Migration sollte sachlich betrachtet werden. Sie bringe sowohl Vorteile als auch Kosten mit sich – für die Migrant\*innen, die Herkunftsländer und die Zielländer. Für das Gelingen von Migration hätten vor allem die Zielländer die Geschicke in der Hand, erklärt die Weltbank. Die Politik der Ziellän-

der definiert und regelt, wer ihre Grenzen überschreitet, wer legal bleiben darf und mit welchen Rechten. „Wenn sie gut gesteuert wird, kann die Migration weiterhin den Wohlstand steigern und dazu beitragen, die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen“, schreiben die Autor\*innen.

Die Weltbank-Autor\*innen plädieren dafür, dass Herkunfts- und Zielländer alle Arten von Migration strategisch besser steuern sollten. Sie unterscheiden zwischen Migrant\*innen und Geflüchteten, die für den Arbeitsmarkt geeignet sind, und solchen, die nicht geeignet sind.

Es gebe sowohl Wirtschaftsmigrant\*innen als auch Geflüchtete, deren Fähigkeiten in hohem Maße den Bedürfnissen des Ziellandes entsprechen, unabhängig davon, ob sie hoch- oder niedrigqualifiziert sind. Beide Gruppen brächten erhebliche Entwicklungsvorteile für sie selbst, das Zielland und für das Herkunftsland. Die Kosten seien in der Regel geringer als der Nutzen.

Das politische Ziel sollte laut Weltentwicklungsreport sein, den Nutzen weiter zu erhöhen und die Kosten der Migration zu verringern. Dies könne durch eine Kombination von politischen Maßnahmen in den Herkunftsländern geschehen, etwa die Erleichterung von Geldüberweisungen und die Abschwächung von „Braindrain“-Ef-

ekten. In den Aufnahmeländern sollte den Migrant\*innen und Geflüchteten gezielt Unterstützung zuteilwerden, ihnen sollten Rechte und Zugang zu den Arbeitsmärkten gewährt und die soziale Integration erleichtert werden.

Geflüchtete, die nicht in den Arbeitsmarkt des Ziellandes integriert werden könnten, müssten, unabhängig von den Kosten, nach internationalem Recht aufgenommen werden, betont der Report. Die Weltgemeinschaft müsse damit verbundene Kosten für das Zielland reduzieren und international teilen.

Migrant\*innen, die keinen Fluchtstatus und keine Chance auf einen Arbeitsplatz im Zielland haben, stellten die Zielländer vor erhebliche Herausforderungen. Ihre Gesamtzahl sei jedoch vergleichsweise gering, erklären die Autor\*innen. Ihre unfreiwillige Rückführung müsse auf humane Weise geschehen. Ziel müsse es sein, so die Weltbank, dass Anreize und Arbeitsplätze im Heimatland geschaffen werden, damit solche Menschen nicht die Notwendigkeit sehen, auszuwandern. Internationale Zusammenarbeit sollte hierbei die Entwicklung in den Herkunftsländern unterstützen.

## LINK

**Weltbank: World Development Report 2023: Migrants, Refugees, and Societies.**

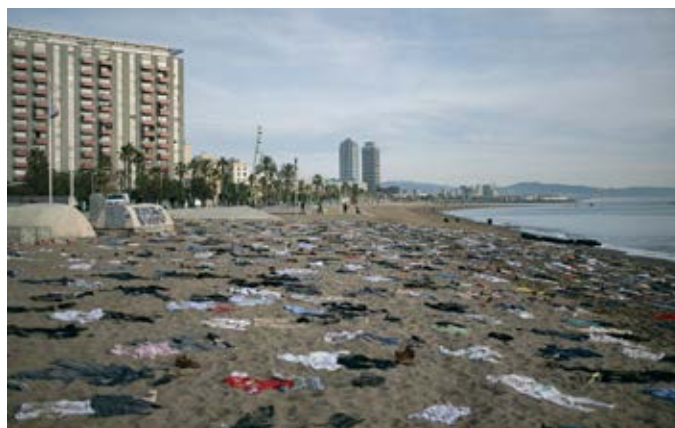
<https://www.worldbank.org/en/publication/wdr2023>



## SABINE BALK

war mehrere Jahre Redakteurin bei E+Z/D+C und arbeitet derzeit freiberuflich für uns.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)



**Gedenken an rund 2600 Geflüchtete, die 2023 im Mittelmeer ums Leben kamen, im spanischen Barcelona.**



Foto: picture-alliance/abaca/Animi Louiza/ABACA